

116. Sitzung

Donnerstag, den 30. Oktober 1952

Geschäftliche Mitteilungen	334, 359
Antrag der Abg. Meixner, Dr. Jüngling betr. Sicherung des Betriebs des Bergwerks Stockheim (Beilage 3292)	
Bericht des Wirtschafts- und Verkehrsaus- schusses (Beilage 3386)	
Piehler (SPD), Berichterstatter	334
Beschluß	334
Antrag des Abg. Piehler betr. Beschränkung der Einfuhr tschechischer Braunkohle (Bei- lage 3260)	
Bericht des Wirtschafts- und Verkehrsaus- schusses (Beilage 3387)	
Luft (BHE), Berichterstatter	334
Dr. Eberhardt (FDP)	335
Luft (BHE)	336
Piehler (SPD), Antragsteller	336
Dr. Seidel, Staatsminister	337
Bantele (BP)	338
Dr. Schedl (CSU)	339
Frenzel (SPD)	339
Geiger (CSU)	340
Beschluß	340
Antrag der Abg. Geiger, Drechsel, Dr. Geisl- höringer, Luft, Wolf Hans betr. Einleitung von Maßnahmen zum Abschluß eines Ver- trags über die Benutzung des BMW-Wer- kes Allach	
Bericht des Wirtschafts- und Verkehrsaus- schusses (Beilage 3388)	
Greib (CSU), Berichterstatter	340
Beschluß	343
Antrag des Abg. Bantele betr. Aufnahme des Projekts der Regulierung der Rößlau und der Selbitz in das Grenzlandprogramm (Beilage 2666)	

Bericht des Grenzland-Ausschusses (Bei- lage 3201)	
Högn (SPD), Berichterstatter	343
Beschluß	343
Antrag des Abg. Puls betr. Verwendung der Bezeichnung „Sudetenland“ bei der Aus- stellung von Personalausweisen (Bei- lage 3185)	
Bericht des Ausschusses für Angelegenhei- ten der Heimatvertriebenen (Beilage 3202)	
Schreiner (BHE), Berichterstatter	343
Beschluß	343
Antrag des Abg. Piehler u. Gen. betr. Ab- standnahme von der Entlassung von Ar- beitern und Angestellten aus Anlaß der Auflösung des Verkehrsministeriums (Bei- lage 2978)	
Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses (Beilage 3373)	
Loos (SPD), Berichterstatter	343
Dr. Seidel, Staatsminister	344
Dr. Geislhöringer (BP)	344
Piehler (SPD)	345
Beschluß	345
Antrag der Abg. von Knoeringen, Kiene u. Fraktion betr. Vorlage des Entwurfs eines Waldschutzgesetzes (Beilage 2900)	
Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses (Beilage 3304)	
von und zu Franckenstein (CSU), Bericht- erstatter	345
Beschluß	346
Antrag des Abg. Frühwald betr. Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Hagelversicherung in Bayern (Beilage 2423)	
Dr. Hoegner, Staatsminister	346
Rückverweisung an den Ausschuß	346
Antrag der Abg. Meixner, Haisch, Mack u. Fraktion betr. erhöhte Futtermitelein- fuhr (Beilage 3255)	
Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses (Beilage 3370)	
Elzer (BHE), Berichterstatter	346
Beschluß	346
Antrag der Abg. Meixner, Haisch, Mack u. Fraktion betr. Einlagerung von Fleisch und Fleischerzeugnissen (Beilage 3257)	
Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses (Beilage 3372)	
Kiene (SPD), Berichterstatter	346
Haas (SPD)	347
von und zu Franckenstein (CSU)	348
Haußleiter (fraktionslos)	348
Haisch (CSU)	349
Nagengast (CSU)	350
Thanbichler (CSU)	350

Gabert (SPD)	350
Luft (BHE)	351
Dr. Baumgartner (BP)	351
Dr. Schlögl, Staatsminister	352
Dr. Lippert (BP) (z. Geschäftsordnung)	355
Mack (CSU)	355
von Haniel-Niethammer (CSU) (z. Geschäftsordnung)	356
Beschluß	356
Antrag der Abg. Meixner, Haisch, Mack u. Fraktion betr. Milokorn-Aktion (Beilage 3256)	
Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses (Beilage 3371)	
Stegerer (CSU), Berichterstatter	356
Beschluß	356
Antrag der Abg. Mergler u. Gen. betr. Gewährung von Nachlässen der Einkommen- und Umsatzsteuer an durch Dürre geschädigte Landwirte (Beilage 3190)	
Präsident Dr. Hundhammer	356
Dr. Baumgartner (BP)	356, 357
Dr. Traßl, Ministerialdirigent	356
Junker (CSU)	357
Dr. Hoegner, stellv. Ministerpräsident	357
Mergler (BP)	357
Dr. Lippert (BP)	357
Dr. Zdralek (SPD)	358
Bezdold (FDP)	358
Beschluß	358
Persönliche Erklärungen	
Klotz (BP)	358
Haußleiter (fraktionslos)	359
Nächste Sitzung	360

Präsident Dr. Dr. Hundhammer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 1 Minute.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die 116. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Liste der Entschuldigungen bekanntzugeben.

Gräßler (SPD), Schriftführer: Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Behringer, Dr. Bungartz, Ernst, Freundl, Gärtner, Dr. Huber, Kaifer, Karl, Dr. Keller, Klammt, Dr. Korff, Pösl, Dr. Raß und Dr. Weiß.

Präsident Dr. Hundhammer: Zunächst komme ich zurück auf die gestrige Abstimmung zu Punkt 7 a der Tagesordnung. Nach dem vorliegenden Stenogramm hat der Herr Abgeordnete Baur Leonhard wörtlich folgendes ausgeführt:

Ich würde vorschlagen, den Antrag

— es handelt sich um die Beilage 3380 —

dahingehend abzuändern, daß zunächst einmal die Worte „Hälfte der“ gestrichen

— das war der erste Teil des Vorschlags des Abgeordneten Baur —

und die Impfungen in Sperrbezirken und in Gebieten, die nach der Impfung ebenfalls als Sperrbezirke erklärt wurden, einbezogen werden.

Es ist also in dem Antrag, der zur Abstimmung stand, erstens die Streichung der Worte „Hälfte der“ vorzunehmen und es ist ferner nach den Worten „wenn nach der Bildung von Sperrbezirken“ einzufügen: „und in Gebieten, die nach der Impfung ebenfalls als Sperrbezirke erklärt wurden“. — Das ist der Wortlaut des Antrags Baur Leonhard gewesen und so ist der Beschluß als solcher festzustellen.

Ich rufe nunmehr auf Ziffer 8 d:

Antrag der Abgeordneten Meixner und Dr. Jüngling betreffend Sicherung des Betriebs des Bergwerkes Stockheim (Beilage 3292).

Zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 3386) erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Piehler.

Piehler (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Antrag der Abgeordneten Meixner und Dr. Jüngling (Beilage 3292) hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung (Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr) wird ersucht, weiterhin alle möglichen Schritte zu unternehmen, damit der Betrieb des Bergwerkes Stockheim auf die Dauer aufrechterhalten werden kann und die Existenz der dort beschäftigten Arbeiter und ihrer Familien weiterhin gesichert bleibt.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr hat in seiner 60. Sitzung vom 16. Oktober 1952 diesen Antrag einstimmig gebilligt. Ich bitte das Hohe Haus, dem Beschluß des Wirtschaftsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem auf den Beilagen 3292 und 3386 wiedergegebenen Beschluß des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Vorschlag des Wirtschaftsausschusses vom Plenum einstimmig gebilligt ist.

Ich rufe auf Ziffer 8 e der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Piehler betreffend Beschränkung der Einfuhr von tschechischer Braunkohle (Beilage 3260).

Über die Verhandlungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 3387) berichtet der Herr Abgeordnete Luft. Ich erteile ihm das Wort.

Luft (BHE), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In seiner 60. Sitzung

(Luft [BHE])

befasste sich der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr mit dem Antrag des Abgeordneten Piehler auf Beilage 3260. Der Antrag lautete in seiner ursprünglichen Fassung:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Einfuhr von tschechischer Braunkohle auf den unbedingt notwendigen Bedarf beschränkt und die Einfuhr von Fein- und Grießkohle unterbunden wird.

Dieser Antrag hat im Ausschuß zu einer längeren Debatte Anlaß gegeben. Ich halte es bei der Besonderheit des Gegenstandes für notwendig, abweichend von der sonstigen Gepflogenheit eingehender über den Verlauf der Beratung zu berichten. Berichterstatter war ich selbst; Mitberichterstatter war der Kollege Schuster.

Der Berichterstatter führte unter anderem aus, in der Tschechoslowakei werde Fein- und Grießkohle, die dort immer in größeren Mengen anfallt, auf Halde geschüttet und zu jedem beliebigen Preis abgegeben. Zweifelloos sei die tschechische Kohle eine politische Kohle; ihre Lieferung werde immer dann möglich sein, wenn wir sie nicht brauchen, wenn wir sie aber brauchen, werde sie wahrscheinlich aus irgendwelchen politischen Gründen nicht zu haben sein.

Es kam, wie bereits erwähnt, zu einer ausführlichen Debatte, wobei insbesondere anerkannt wurde, daß die tschechische Kohle für einen Teil der bayerischen Industrie in besonderem Maß benötigt wird. Seitens der Regierung wurde in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit dieser Kohle für gewisse oberbayerische Industriegruppen dargelegt.

Der Antragsteller führte aus, er sehe sehr wohl ein, daß die tschechische Kohle eingeführt werden müsse und daß sie für einen Teil der bayerischen Industrie von Bedeutung sei. Er könne jedoch nicht begreifen, daß, während diese Kohle eingeführt wird, der bayerische Bergbau in der Oberpfalz zum Erliegen kommen müsse, was insbesondere dann der Fall sei, wenn mit der tschechischen Kohle Dumping getrieben werde.

Die ausführliche Diskussion ergab letztlich, daß man zwar das Bedürfnis anerkannte, die Einfuhr der tschechischen Kohle einzuschränken, daß man aber die Staatsregierung in einer anderen Form, als sie der Antrag ursprünglich vorsah, ersuchte, zu dem Thema Stellung zu nehmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, bei den Ausschlußbeschlüssen, die einstimmig gefaßt sind, hat das Haus die Übung, die Berichterstattung ganz kurz zu erledigen, nachdem auf eine Debatte an sich verzichtet wird. Ich möchte deswegen bitten, an dieser Übung auch im vorliegenden Falle festzuhalten.

Luft (BHE), Berichterstatter: — Herr Präsident, ich habe das eingangs erklärt. Ich mußte bei diesem

Antrag befürchten, daß trotz der einstimmigen Annahme im Ausschuß — übrigens war der Beschluß bei 4 Stimmenthaltungen gefaßt — sich zu diesem Antrag eine Debatte ergeben würde. Im Hinblick hierauf glaube ich, abweichend von der bisherigen Gepflogenheit — ich habe das ausdrücklich zu Beginn meiner Ausführungen bemerkt — etwas ausführlicher als sonst berichten zu sollen. Ich habe dabei keineswegs dem Gang der Verhandlungen im Ausschuß vollständig Rechnung getragen.

Nachdem ich selbst als Berichterstatter eine Änderung des ursprünglichen Antrags vorgeschlagen hatte, wurde der Antrag schließlich in folgender Fassung angenommen:

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Einfuhr von tschechischer Braunkohle, insbesondere von Fein- und Grießkohle auf den notwendigen Bedarf beschränkt wird.

Wenn eine besondere Einfuhr tschechischer Braunkohle begründet ist, wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß durch geeignete Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit des bayerischen Kohlebergbaues sichergestellt wird.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Beschluß des Wirtschaftsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Es liegt eine Wortmeldung vor. Wie ich aber vorhin bemerkt habe, entspricht es der Übung des Hauses, bei **einstimmig** gefaßten Ausschlußbeschlüssen auf eine Debatte zu verzichten. Ich möchte daher den zum Wort gemeldeten Abgeordneten Dr. Eberhardt fragen, ob er nicht bereit ist, auf das Wort zu verzichten.

Dr. Eberhardt (FDP): Ich möchte ganz kurz Stellung nehmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Ein förmlicher Beschluß des Hauses, eine Debatte nicht zu führen, liegt an sich nicht vor. Wenn jemand entgegen der sonstigen Übung das Wort erbittet, muß ich es ihm erteilen; es sei denn, es wird direkt beschlossen, keine Debatte zuzulassen. Das ist aber nicht der Fall.

Herr Abgeordneter Dr. Eberhardt, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Eberhardt (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die **tschechische Braunkohle** beschäftigt den Landtag heute nicht zum ersten Male. Wenn Herr Kollege Luft sich bereits bemüht hat, die Dinge kurz anzudeuten, so hat das seinen guten Grund. Es ist zwar richtig, daß alles, was an Waren aus dem Osten kommt und entsprechende Gegenlieferungen fordert, nicht ohne politische Bedeutung ist. Das gilt nicht nur für die tschechische Braunkohle, sondern für alle Waren. Die tschechische Braunkohle hat aber darüber hinaus die Besonderheit, daß sie für die **oberpfälzische und oberfränkische Porzellan- und Glasindustrie** unentbehrlich ist. Diese Fabriken sind nämlich mit ihren Brenntonnen auf die tschechische Braunkohle eingerichtet. Sie können ohne tschechische Braunkohle

(Dr. Eberhardt [FDP])

nicht arbeiten, wenn sie nicht entweder ihre technischen Einrichtungen völlig umbauen oder ihre Brenntonnen kaputtbrennen wollen.

Ich darf daran erinnern, daß die **Bayernpartei**, als vor längerer Zeit die Frage der tschechischen Braunkohle deswegen akut wurde, weil sie nicht geliefert wurde, am 16. Januar 1951 eine Interpellation einbrachte, in der die Regierung um Maßnahmen gebeten wurde, um die tschechische Braunkohle wieder hereinzubringen. Diese **Interpellation** war damals zurückgestellt worden, ist dann aber später zur Erörterung gekommen und in der 19. Sitzung vom 24. April 1951 hat gerade der Abgeordnete **Högn** von der SPD, der diese Dinge aus eigener Erfahrung am besten kennt, erklärt — ich bitte, das vorlesen zu dürfen —:

Die anhaltend ungenügende Kohlebelieferung beeinträchtigt, wie schon gesagt wurde, die Kapazität und Konkurrenzfähigkeit aller Industriezweige dieses Gebietes. Der fast völlige Ausfall dieser Lieferungen und die Umstellung auf die teure Ruhrkohle bedingen in diesem Gebiet höhere Unkosten und teilweise eine viermal höhere Fracht.

Abgeordneter **Bantele** hat damals betont, wenn die Schweiz in der Lage ist, mit den Oststaaten Handelsverträge abzuschließen, dann müsse es auch Bayern möglich sein, unmittelbar mit der Tschechoslowakei über Handelsverträge und wirtschaftliche Beziehungen ins Gespräch zu kommen und Abmachungen zu treffen, damit wir wieder konkurrenzfähig werden und unsere Industrie nicht vor die Hunde geht. Das ist zwar etwas scharf ausgedrückt, aber so war die Geschichte damals. Ich darf noch daran erinnern, wie die Dinge weitergelaufen sind. Die Tschechoslowakei hat weiterhin Kohle geliefert. Von uns sollten als Gegenleistung Röhren geliefert werden, was aber von amerikanischer Seite nicht geduldet wurde. Das ist aber dann doch abgesehen worden, und die Kohle kam wieder herein. Nach einiger Zeit — es ist ungefähr neun Monate so gegangen — hat man darüber geklagt, daß die tschechische Braunkohle zu teuer wäre. Die Regierung sollte Schritte unternehmen mit dem Ziel, diesen hohen Preis zu senken. Jetzt sind wir glücklich dabei, daß wir sagen: Die tschechische Braunkohle ist zu billig, es soll dafür gesorgt werden, daß sie teurer wird. So geht es nicht. Wie sehen denn die Dinge der Öffentlichkeit gegenüber aus? Ich darf darauf hinweisen, daß der Preis der Tschechenkohle sich folgendermaßen entwickelt hat: Tschechenkohle Nuß I kostete am 1. November 1950 zollfrei Schirnding — Schirnding ist die Eingangsstelle — 28,54 DM, Nuß II 24,63 DM. Dann kam die Entwicklung nach oben: Am 15. April 1952 kostete Nuß I 47,64 DM und Nuß II 40,37 DM, gegenüber 24,63 DM vorher. Und nun sind — das ist ganz interessant — die Preise wieder heruntergegangen, und es haben am 15. Juli 1952 Nuß I 39,— DM und Nuß II 33,83 DM gekostet. Der Preis ist noch nicht soweit heruntergegangen, wie er am 1. November 1950 ursprünglich war, als die Dinge angingen.

Ich möchte auf diese Zusammenhänge noch einmal hinweisen, um klarzustellen, daß man doch wirklich nicht so verfahren kann: Einmal rein in die Kartoffeln, einmal raus aus den Kartoffeln! Wir müßten meines Erachtens die Dinge sehr sorgfältig überlegen. Der Herr Wirtschaftsminister ist da und kann Stellung nehmen. Er hat die Lage im Ausschuß schon auseinandergesetzt. Wohin kommt das Wirtschaftsministerium, wenn es in dieser Frage vom Landtag einmal nach links und einmal nach rechts geschickt wird?

Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag auf Zurückverweisung des Gegenstandes an den Ausschuß.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Luft als Redner.

Luft (BHE): Herr Kollege Dr. Eberhardt, alles das, was Sie jetzt vorgebracht haben, ist im Ausschuß schon erörtert worden. Es wäre vielleicht ganz zweckmäßig, wenn die Herren sich besser informieren würden.

(Zuruf von der BP: Protokolle lesen!)

Aber nachdem die Diskussion nun einmal eingeleitet ist, muß folgendes gesagt werden: Es ist gar kein Zweifel darüber, daß die **tschechische Kohle** für **Bayern** ein besonders kritisches Problem ist. Ich will gar nicht in die Frage einsteigen, ob man sie wünschen oder ob man sie verdammen sollte. Aber eins ist sicher: Wenn tschechische Kohle eingeführt wird, muß der **bayerische Kohlenbergbau** darunter Schaden leiden. Man kann der Meinung sein: Wenn dieser Kohlenbergbau nicht lukrativ ist, wird er stillgelegt. Wenn man aber weiß, daß die tschechische Kohle eben nicht immer mit Sicherheit zur Verfügung steht, kann man nicht den bayerischen Bergbau, der davon betroffen ist, einfach ein halbes Jahr stilllegen, ein halbes Jahr aufmachen, so wie man sich das anscheinend denkt.

(Abg. Meixner: Das geht nicht!)

Da das nicht geht, muß der bayerische Bergbau weiterarbeiten; wenn er eingeschränkt arbeiten muß, so muß er eben unterstützt werden. Das bringt der Antrag im wesentlichen zum Ausdruck. Wenn man also diese Feinkohle einführt, muß man Maßnahmen treffen, damit der bayerische Bergbau erhalten bleibt. Es ist doch eine vernünftige Lösung, wie sie jetzt gefunden ist; sie hat nicht zum Ziel, die Einfuhr tschechischer Kohle zu unterbinden.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Piehler. Ich erteile ihm das Wort.

Piehler (SPD): Meine Damen und Herren! Es ist so selbstverständlich, daß die **oberfränkische Porzellan- und Glasindustrie** auf die **Tschechenkohle** angewiesen ist, daß man eigentlich darüber gar nicht zu reden bräuchte. Es wäre bloß zu wünschen, daß die Tschechenkohle auch immer regelmäßig nach Bayern hereinkäme und nicht dauernd Störungen entstehen würden. Das Interessante ist nämlich, daß im Herbst vorigen Jahres, als wir sehr große Kohlennot hatten, die Einfuhr der Tschechenkohle auf einmal gesperrt wurde, aber im Frühjahr,

(Piehler [SPD])

als wir in Bayern Kohlen genug bekamen, Tschechenkohle wieder eingeführt werden konnte.

Ich wende mich nicht gegen die Einfuhr der Tschechenkohle für die Betriebe, die sie unbedingt haben müssen, ich wende mich nur gegen die **übermäßige Einfuhr von Feinkohle**; denn die Feinkohle wird in normalen Zeiten auch in Bayern nicht gebraucht. Während des halben Jahres, in dem die Einfuhr der Tschechenkohle gesperrt war, haben sich in der Tschechoslowakei große Mengen Feinkohle angesammelt. In der Tschechoslowakei ist nämlich die Feinkohle nicht zu verkaufen. Die Lager an Feinkohle waren für die Tschechei vollständig wertlos. Als die Einfuhr wieder freigegeben wurde, hat die Tschechei die Feinkohle zu Preisen nach Bayern eingeführt, mit denen auch der Ruhrkohlenbergbau nicht mehr konkurrieren kann. Sie hat den Preis um 33 Prozent heruntergesetzt. Wir hätten auch dann nichts dagegen gehabt, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir dort oben einen Bergbau haben, der für die oberfränkische Industrie ebenfalls von großer Wichtigkeit ist, und zwar dann, wenn die Einfuhr von Tschechenkohle wieder einmal gesperrt wird. Wir müssen immer wieder einmal damit rechnen, denn wir wissen ja nicht, wie lange die Tschechenkohle geliefert wird und was in der Politik alles geschieht.

Wenn der **oberfränkische Steinkohlenbergbau**, um den es sich handelt, jetzt infolge der **Konkurrenz der tschechischen Feinkohle** zum Erliegen kommt, dann steht er auch dann, wenn man ihn wieder einmal braucht, nicht mehr zur Verfügung. Das Kohlenbergwerk **Stockheim** — von dem der vorhin beratene Antrag handelt, mit dem sich die Herren Kollegen Meixner und Dr. Jüngling für das Bestehen des Bergwerks eingesetzt haben — kann die Konkurrenz der tschechischen Feinkohle zu den Schleuderpreisen auf die Dauer nicht ertragen. Stockheim hat Absatz und hat mit Betrieben Verträge auf längere Zeit abgeschlossen. Stockheim wäre nie in Schwierigkeiten gekommen, wenn nicht auf einmal der Schleuderpreis der Tschechenkohle eingesetzt hätte.

(Abg. Dr. Baumgartner: Interessant!)

Die Abnehmer der Stockheimer Kohle sagen: Wir nehmen die Stockheimer Kohle gern ab und sind mit ihr zufrieden, aber wir wollen sie zu den gleichen Preisen bekommen wie die Tschechenkohle. Das kann aber Stockheim auf die Dauer nicht aushalten.

Man muß berücksichtigen, daß in Stockheim auch **politische Momente** mitspielen. Stockheim liegt direkt an der Zonengrenze, und es wäre ganz interessant, wenn sämtliche Mitglieder des Hauses die Möglichkeit hätten, sich das Werk einmal anzusehen. Bei Stockheim ist die Zonengrenze nicht im Osten und nicht im Norden, sondern im Westen. Ich bin hundertmal von Stockheim über die thüringische Grenze gegangen, ohne zu wissen, wo die Grenze ist. Die Menschen drüben sind genau so Deutsche wie wir. Jetzt werden die Fenster in den Häusern drüben, die nach Bayern herübergehen, zugemauert. Es ist selbstverständlich, daß das eine Wirkung auf

die Bevölkerung hat. Die Bergleute in der Oberpfalz, besonders die sudetendeutschen Bergleute, die ausgewiesen waren, haben schon vor Jahren gesagt: Zuerst haben uns die Tschechen die Heimat genommen, jetzt nehmen sie uns auch noch die Arbeit! Wenn Stockheim jetzt durch die Schmutzkonzurrenz der böhmischen Feinkohle zum Erliegen kommt, können Sie sich denken, daß das auch noch politische Auswirkungen hat.

Mir geht es wirklich nicht darum, die Einfuhr der Tschechenkohle zu verhindern. Ich würde es begrüßen, wenn sie regelmäßig käme. Ich wende mich nur gegen die übermäßige Einfuhr von Feinkohle. Ich möchte den Herrn Wirtschaftsminister bitten, doch scharf zu kontrollieren, ob nicht mehr Feinkohle eingeführt wird, als im Handelsvertrag festgelegt worden ist. In Bayreuth sitzt die **Importgesellschaft**, die natürlich ein großes Interesse daran hat, möglichst viel Kohle einzuführen; sie verdient nämlich sehr gut. Ob bis jetzt eine **Kontrolle** durchgeführt wurde, weiß ich nicht. Auch bitte ich den Herrn Wirtschaftsminister, dafür zu sorgen, daß jene Betriebe, die Tschechenkohle haben müssen, sie auch erhalten, daß aber die Einfuhr von Feinkohle — die haben wir in Bayern selbst, da brauchen wir keine Tschechenkohle einzuführen — beschränkt wird. Sie muß in Dollar bezahlt werden und wird über Belgrad verrechnet. Das ist unverständlich für mich. Den bayerischen Bergmann macht man damit arbeitslos.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Dr. Seidel, Staatsminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sämtliche Redner, auch der Herr Kollege Piehler, haben zugeben müssen, daß wir ohne die tschechische Kohle für unsere **Glas-, keramische und Textilindustrie im oberfränkischen Raum** nicht auskommen können. Wir sind auf die **tschechische Kohle** leider angewiesen. Die Tschechen wissen das sehr genau und verlangen natürlich bei den handelspolitischen Verhandlungen, daß wir nicht nur Grobkohle, sondern auch **Feinkohle** einführen sollen. Wir haben das Bundeswirtschaftsministerium, das diese Verhandlungen verantwortlich führt, darauf hingewiesen, daß ein **übermäßiger Bezug von tschechischer Gieß- und Feinkohle** für unseren **oberpfälzischen Bergbau** schädlich ist. Wir haben gebeten, daß dieser Bezug auf ein Mindestmaß herabgedrückt wird. Das Bundeswirtschaftsministerium hat auch bei den Verhandlungen versucht, diesen Bezug so niedrig wie möglich zu halten. Die Tschechen haben aber verlangt, daß sie zu den 50 000 Tonnen Grobkohle monatlich 15 000 Tonnen Gießkohle liefern können. Diese Gießkohle wird wie folgt verteilt: 15 000 Tonnen gehen in das Elektrizitätswerk Arzberg, das bisher Ruhrkohle bezog — also hier entsteht für die oberpfälzische Kohle keine Konkurrenz; der Rest an Feinkohle mit 15 000 Tonnen geht an die im Raum Hof gelegene Textilindustrie, die dann, wenn sie keine Tschechenkohle bekommt, mit Ruhrkohle oder Braunkohlenbriketts aus dem Aachener Revier versorgt werden muß. Es entsteht also auch hier keine echte Konkurrenz. Das

(Dr. Seidel, Staatsminister)

kann man natürlich nicht bis auf die letzte Tonne so ausbalancieren, daß nicht in dem einen oder anderen Fall tschechische Feinkohle auch einmal in einen anderen Raum gelangt. Damit entsteht für Stockheim eine Konkurrenz, die natürlich dort schmerzlich empfunden wird.

Wenn Sie die Stenographischen Berichte des Bayerischen Landtags etwa vom Jahre 1910 an nachlesen, dann werden Sie feststellen, daß immer wieder das **Problem Stockheim** auftaucht. Ich habe einen sehr großen Respekt vor den Menschen, die dort tätig sind; denn sie haben in den schwierigsten Zeiten durch eine außerordentliche Energie und, was man nicht überall feststellen kann, auch durch ein hohes Maß von Solidarität große persönliche Opfer gebracht, um das Werk durchzuhalten. Das muß man dankbar anerkennen. Wir sind auch in der Vergangenheit immer bemüht gewesen, Stockheim entsprechend zu helfen. Das Problem Stockheim, Herr Kollege Piehler, kann auf die Dauer nur gelöst werden, wenn wir —

(Abg. Piehler: ... wenn die tschechische Feinkohle zum gleichen Preis geliefert wird wie früher!)

— Ich bin froh, daß jetzt die tschechische Kohle nicht mehr so teuer ist wie früher.

(Abg. Dr. Baumgartner: Dann machen wir es in der Landwirtschaft genau so. — Abg. Bezzold: Das ist nämlich der Sinn der freien Wirtschaft!)

Wir müssen dazukommen, daß in Stockheim einmal ein **Elektrizitätswerk** gebaut wird, wenn auch die Bundesbahn sich uninteressiert zeigt.

(Abg. Hagen Georg: Das ist richtig.)

Denn die Erfahrung zeigt, daß die **Stromversorgung** in jener Gegend ungenügend ist.

Im übrigen gibt es auch andere Wege, um Stockheim zu helfen. Ich glaube, daß wir solche Wege finden werden.

(Abg. Hagen Georg: Nur so kann auf die Dauer geholfen werden.)

In dem Antrag wird das Wirtschaftsministerium ersucht, nach einem vernünftigen Ausgleich zu suchen. Ich bin nicht böse, wenn Sie ihn annehmen. Wir tun das ohnehin.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Bantele als Redner.

Bantele (BP): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich kann mich nach den Ausführungen des Herrn Staatsministers sehr kurz fassen. Ich glaube, man muß den Satz „Politik ist die Kunst des Möglichen“ umwandeln in „Politik ist die Kunst des Purzelbaumschlagens“. Vor einem Jahr haben wir hier im gleichen Haus Sturm gegen die betrübliche Tatsache gelaufen, daß plötzlich für den oberpfälzisch-oberfränkischen Raum aus der Tschechei keine Kohle mehr zur Verfügung stand.

Man hat erwogen, ob man nicht im Wege besonderer Zuwendungen, Tarifvergünstigungen usw. Mittel und Wege finden könnte, um die **oberpfälzische und oberfränkische Industrie** überhaupt am Leben zu erhalten. Nun haben wir in Oberfranken entgegen dem **Produktionsindex** im Bund eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen. Ich habe als Kronzeugen dafür den Herrn Oberbürgermeister von Hof. Er wird mir bestätigen, daß die **Arbeitslosenziffer** seit vorigem Jahr von 5300 auf 8500 gestiegen ist. Das ist eine Zunahme um 60 Prozent bei den Textilarbeitern. Wir wissen ganz genau, daß die **Textilindustrie** in ganz Oberfranken Kurzarbeit hat und nur noch eine Schicht fährt.

(Zuruf von der SPD: Nicht wegen der Kohle!)

— Aber aus anderen Gründen. Meine Herren, Sie sind sehr belesen. Dann werden Sie auch erfahren haben, daß auf der letzten Baumwoll- und Textilkonferenz in England Amerika gegen England scharf vorgegangen ist, daß es zu einem scharfen Konflikt gekommen ist. Die Engländer verlangten vor allem auf dem Textilsektor Schutz vor der, wie sie sagen, Schleuder- und Schmutzkonkurrenz der Japaner. Nun hat Amerika England ausgetrotzt mit dem Bemerkten, es müsse eben seine Produktionsmethoden erneuern; sonst müßte es das Schicksal derer tragen, die rückständig sind. Dieses Schicksal trifft auch die deutsche Textilindustrie. Wenn wir nicht in der Lage sind, in der Industrie Investitionen zu machen, wird die oberpfälzisch-oberfränkische Wirtschaft — ich muß mich noch einmal brutal ausdrücken — vor die Hunde gehen. Wir wissen ganz genau, daß 60 Prozent der Spinnerei- und Webereibetriebe Oberfrankens keine Mittel für Investitionen haben, daß die Wirker und Stricker zu 54 Prozent und die Bekleidungsindustrie sogar zu 70 Prozent nicht in der Lage sind, Investitionsmittel zu besorgen. Wir haben nur ein kleines Mittel, nämlich die **Produktionskosten** zu senken, auch durch billige Kohle. Es wird immer von Schleuderpreisen geredet. Meine Damen und Herren, ahnen Sie auch, in welche Situation Sie unsere Unterhändler bringen, die mit den Tschechen die Kohlenpreise abmachen, wenn Sie selber sagen, jene hätten Schleuderpreise! Gehen Sie zur Brennstoffverwertung in Bayreuth! Sie werden sehen, wie schwer es ist, niedrige Preise zu erhalten — nicht hohe Preise; daran haben wir kein Interesse.

(Abg. Piehler: Die Tschechen können die Feinkohle nicht brauchen, die schenken sie uns!)

Das ist ein Schlagwort ohne Hintergrund. Wir haben einen Vertrag auf Abnahme von 560 000 Tonnen. Der Herr Wirtschaftsminister hat dies eben bestätigt. Und Ihnen ins Gebetbuch, Herr Kollege Piehler: Grießkohle wird gar nicht einmal angeboten. Im September haben wir bloß 70 Prozent unseres Solls an Grießkohle abnehmen müssen.

Die neuesten Preise, auf denen die Lieferungen augenblicklich basieren, ab Schirnding: Wir zahlen für Stück bis Nuß I 49,65 DM; dazu kommt die Umsatzausgleichssteuer mit 1,88 DM. So geht es dann herunter bis zu Grieß mit 27,75 DM und

(Bantele [BP])

1,04 DM Umsatzausgleichssteuer. So ist die Situation.

Wir haben vor 14 Tagen in Oberfranken Betriebe besucht und von einem Betrieb in Naila gehört, daß er allein in einem Jahr 303 000 DM mehr für Umwegfrachten bezahlt, und das nur für Kohle und ähnliche Dinge. Und da geht man her und sagt: Die Kohle spielt bei den Produktionskosten keine Rolle! Die Primitivität dieser Vorstellung kann durch nichts überboten werden. Ich bin Oberfranke. Mir liegt **Stockheim** viel näher als dem Herrn Piehler. Wenn wir täglich 3000 Tonnen Tschechenkohle einführen müssen, weil die Porzellanindustrie sie braucht und die Textilindustrie ohne sie nicht leben kann, dann spielen die 300 Tonnen, die Stockheim täglich fördert, als zehnprozentiger Anteil kaum eine merkliche Rolle, zudem die Stockheimer Kohle in den Betrieben, in denen tschechische Kohle verbrannt wird, überhaupt nicht verwendet werden kann. So ist die Situation im ganzen.

Man muß schon fragen, aus welchen Gründen ein solcher Antrag überhaupt gestellt worden ist. Voriges Jahr betteln wir beinahe die Tschechen an, sie möchten uns doch die Kohle wieder geben, und heute sagen wir: Die Kohle ist zu billig; wir können sie nicht hereinbringen. Meine Herren von der Linken, Respekt vor Ihrer Sozialpolitik! Sie können aber **Sozialpolitik** erst treiben, wenn die **Wirtschaftspolitik** und die Wirtschaft gesund sind, und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort weiter dem Herrn Abgeordneten Dr. Schedl.

Dr. Schedl (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Fortgang der Debatte hat mich an ein amerikanisches Schlagwort erinnert.

(Zuruf links: Dr. Eberhardt ist schuld. —
Abg. Bezold: Die Hauptsache, daß es wir
als die kleinsten sind. — Unruhe)

— Entschuldigen Sie, Herr Kollege, ich habe niemand eine Schuld vorgeworfen. Ich wollte Ihnen nur sagen, daß mir der Fortgang der Debatte ein amerikanisches Schlagwort in Erinnerung gerufen hat, und das lautet ungefähr: Volksfeind Nr. 1 ist das Dickwerden.

(Heiterkeit)

— Ich habe nicht behauptet, daß ich etwa nicht betroffen wäre. Ich bin freimütig genug zu sagen, daß ich die Gefahr real einschätze.

(Abg. Nagengast: Sie haben auch einen Bock geschossen!)

— Warum soll ich nicht manchmal auch mit unseren Jägern in Konkurrenz treten?

Es besteht ohne Zweifel für einen Bereich der **ostbayerischen Wirtschaft**, nämlich für den **Bergbau**, eine echte Gefahr, wenn wir tschechische Braunkohle für die übrige Wirtschaft günstig bekommen. Nur ist es, glaube ich, zweckmäßiger,

statt alles mögliche anzuführen, in Ruhe darüber nachzudenken, was geschehen kann, um die billige tschechische Kohle, die man meinetwegen als politische Kohle bezeichnen kann und nach den Erfahrungen der letzten Jahre auch so bezeichnen muß, wirtschaftlich zu verdauen. Mengenmäßig ist dies möglich, preislich muß es möglich sein. Wohl wird, wenn unser ostbayerischer Kohlenbergbau beim Absatz seiner Kohle Wege geht, die dahin führen, daß man nicht mehr so billig produziert, es da und dort schmerzlich sein, sich gegen etwas zu wenden, was man aus einer Reihe von Gründen mitunter vorziehen muß. Denn so kann es nur teurer werden. Es wird Aufgabe des Wirtschaftsministeriums sein — und ich bin dem Herrn Wirtschaftsminister für seine Ankündigung sehr dankbar, er werde die entsprechenden Arbeiten einleiten —, die beiden Interessen aufeinander abzustimmen und im Zusammenhang mit dem Finanzministerium dafür zu sorgen, daß man den großen Teil der ostbayerischen Industrie durch Hereinnahme der tschechischen Kohle fördert, aber gleichzeitig den Bergbau lebensfähig erhält. Das ist durch eine Reihe von Mitteln durchaus möglich. Es wird auch möglich sein, wenn man beim ostbayerischen Bergbau ernsthaft gewisse wirtschaftliche Gesichtspunkte wie Transportkosten usw. berücksichtigt.

Ein letztes Wort zur **Frage des billigen Kohlenpreises**. Wenn die billige Tschechenkohle uns so gefährlich ist, dann frage ich mich, ob wir weiterhin für den ostbayerischen Wirtschaftsraum von der Bundesbahn einen **Kohlenausnahmetarif** verlangen dürfen. Ich glaube, wir müssen uns dabei mehr in der Mitte bewegen, um uns nicht mit der einen Argumentation, die in einem weiten Bereich durchaus richtig ist, eine andere Argumentation für andere Gebiete selber aus der Hand zu schlagen. Denn wir können uns nicht gleichzeitig über billige Kohle beklagen und von der Bundesbahn einen Kohlenausnahmetarif verlangen. Sonst würden wir vielleicht in Zukunft bei beiden Verhandlungen durchfallen, hätten nur teure Kohle und hätten unserer eigenen Wirtschaft einen schweren Schaden zugefügt. Das aber soll unter allen Umständen vermieden werden.

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abgeordnete Frenzel. Ich erteile ihm das Wort.

Frenzel (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Glauben Sie nicht, daß der Wirtschaftsausschuß diesen ganzen Fragenkomplex nicht sehr gründlich behandelt hätte! Er hat zu dem Antrag des Kollegen Piehler sehr eingehend Stellung genommen und ausdrücklich anerkannt, es sei unbedingt wichtig, daß man auf die Wirtschaft der Oberpfalz und Oberfrankens Rücksicht nehme. Wir haben bei der Beratung die Situation erörtert, der wir von 1½ Jahren gegenüberstanden und die damals auch in diesem Hohen Hause behandelt wurde.

Wir sind der Meinung, daß ein **Unterschied zwischen Braunkohle und Feinkohle** besteht. Es ist

(Frenzel [SPD])

Tatsache, daß die Feinkohle in der Tschechoslowakei überhaupt nicht verarbeitet werden kann. Es ist ja, wie man es dort ausdrückt, Kohle, die mit dem Wort „Dreck“ bezeichnet wird. Und es ist auch nichts anderes. Wir aber wollen versuchen, die Kohle zu bekommen, die man mit dem Wort „Braunkohle“ bezeichnet und für deren Verwendung die Gasometer in der Glasindustrie und in der Porzellanindustrie der Oberpfalz und Oberfrankens eingerichtet sind. Wir sollten, wenn wir solche Kohle einführen, aber unbedingt darauf Rücksicht nehmen, daß auch für unsere einheimische Kohle, die in Stockheim gefördert wird, der notwendige Absatz gefunden wird. Ich glaube, daß sich der Wirtschaftsausschuß wohl auch in Zukunft ganz ernstlich mit dieser Frage beschäftigen muß. Ich freue mich, daß der Herr Wirtschaftsminister heute bereits erklärt hat, daß man den Plänen, die im Interesse der Stockheimer und anderer oberpfälzischer Kohle notwendig sind, auch in der Zukunft entgegenkommen beweisen werde.

Wenn der Herr Kollege Bantele gesagt hat, daß die **Wirtschaftspolitik** so, wie sie gegenwärtig betrieben wird, nicht richtig ist, so glaube ich, daß wir uns damit auf einer Linie befinden. Auch wir sind der Überzeugung, daß die jetzige Wirtschaftspolitik keine Wirtschaftspolitik ist, die der gesamten Wirtschaft und dem Staat dienen könnte. Wir sind der Meinung, daß eine Änderung Platz greifen muß. Bei der Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik wird es notwendig sein, auf diese Dinge Rücksicht zu nehmen. Ich glaube, daß ein Ausgleich in der Frage der Kohle möglich ist. Ich bitte das Hohe Haus, den Antrag anzunehmen, wie er im Ausschuß angenommen wurde.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort erhält weiter der Herr Abgeordnete Geiger.

Geiger (CSU): Meine Damen und Herren! Der Vorschlag des Wirtschaftsausschusses ist durchaus vernünftig. Er bedeutet weder eine Politik des „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“, wie Kollege Eberhard gesagt hat, noch eine Politik des Purzelbaumschlagens, Herr Kollege Bantele, sondern er entspricht einer **gesunden Politik des Mittelmaßes**. Wir haben die größten Schwierigkeiten, wenn wir ohne Kohle dastehen; das ist klar. Darunter leidet die gesamte Industrie. Es entstehen aber auch Schwierigkeiten, wenn plötzlich zuviel Kohle hereinkommt, weil dann unser oberpfälzisch-oberfränkischer Bergbau Schaden leidet. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es ein vernünftiges Mittelmaß, und dieses herbeizuführen, ist der Sinn des Vorschlags des Wirtschaftsausschusses. Über den **Preis** steht in diesem Vorschlag des Wirtschaftsausschusses gar nichts. Selbstverständlich, Herr Kollege Piehler, alle in diesem Haus müssen wir ein Interesse daran haben, daß unsere Industrie mit billiger Kohle versorgt wird. Wenn aber darunter ein wichtiger Zweig unserer Wirtschaft leidet, nämlich unser oberpfälzisch-oberfränkischer Bergbau, dann ist an das Wirtschaftsministerium das Ersuchen zu richten, einen Ausgleich zu schaffen. Allzu lange werden die

Lieferungen sehr billiger Tschechenkohle sowieso nicht dauern; das wird sich bei der nächsten Gelegenheit wieder völlig ändern. In der Zwischenzeit aber erbitten wir die Unterstützung des Wirtschaftsministeriums für unsere Kohlengruben. Der Herr Wirtschaftsminister hat uns diese im übrigen bereits zugesichert. Meine Damen und Herren, Sie können diesem Antrag also bedenkenlos zustimmen.

(Abg. Bantele: Da war noch nie ein Zweifel!)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Eberhard zur Geschäftsordnung den Antrag gestellt, die Materie an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Eberhard (CSU): Ich ziehe den Antrag zurück, Herr Präsident!

Präsident Dr. Hundhammer: Der Antrag wird zurückgezogen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, der Ihnen auf Beilage 3387 vorliegt. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit bei einer Anzahl von Gegenstimmen und Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe auf:

Antrag der Abgeordneten Geiger, Drechsel, Dr. Geislhöringer, Luft, Wolf Hans betreffend Einleitung von Maßnahmen zum Abschluß eines Vertrags über die Benutzung des BMW-Werkes Allach.

Den Bericht über die Verhandlungen im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 3388) erstattet der Herr Abgeordnete Greib.

Greib (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der 61. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 17. Oktober stand auf der Tagesordnung ein Bericht über die Verhältnisse beim BMW-Werk München-Allach. Auf Grund dieses Berichts, den der Herr Staatsminister Dr. Seidel erstattete, fand dann der Ihnen auf Beilage 3388 vorliegende Antrag des Wirtschaftsausschusses einstimmige Annahme. Wegen der Bedeutung des Werkes darf ich Ihnen aus dem Bericht des Herrn Staatsministers kurz die wichtigsten Auszüge bekanntgeben, damit Sie den notwendigen Überblick über die Materie bekommen. Der Herr Wirtschaftsminister führte unter anderem aus:

Es gehört zu den Aufgaben eines bayerischen Wirtschaftsministers, die Entwicklung der größten und wichtigsten Betriebe des Landes mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. So beobachte ich seit längerer Zeit das Werk II der Bayerischen Motorenwerke in Allach, das mit seinen etwa 6000 Belegschaftsmitgliedern die größte Betriebsstätte im südbayerischen Raum ist und unter den Betrieben des ganzen Landes an vierter Stelle steht, mit einer gewissen Sorge. Diese Sorge ergibt sich daraus, daß die Zukunft des Werkes, das seit 1945 für Zwecke der amerikanischen Armee in Anspruch genommen ist, nicht ge-

(Greib [CSU])

klärt werden kann. Bei der weitreichenden wirtschaftlichen und namentlich sozialpolitischen Bedeutung des Betriebes muß seine augenblickliche problematische Situation beunruhigen.

Die Bayerischen Motorenwerke wurden 1916 gegründet und haben sich nach Beendigung des ersten Weltkrieges zunächst dem Motorradbau als Hauptfertigungszweig zugewendet. Sie konnten sich darin einen Ruf erwerben und eine Bedeutung gewinnen, die zu bekannt sind, als daß ich sie Ihnen näher darlegen müßte.

Der Zusammenbruch des Jahres 1945 traf die Bayerischen Motorenwerke unter allen bayerischen Unternehmungen mit am schwersten. Die Fertigung kam in sämtlichen Werken zum völligen Stillstand. Eine Reihe dieser Werke ging durch Enteignung überhaupt verloren, so das Automobilwerk in Eisenach-Stadt, das Werk Dürerhof bei Eisenach sowie die Werkzeug- und Maschinenfabrik Bitschweiler im Elsaß. Die inzwischen ermittelten Gesamtverluste betragen nach den Angaben der Firma 333 Millionen Reichsmark. Verblieben sind den Bayerischen Motorenwerken nur das Stammwerk in München-Milbertshofen, das Werk Allach und das Werk Spandau bei Berlin. Aber auch diese drei Werke fielen der Beschlagnahme nach Gesetz 52 der Militärregierung; sie wurden überdies völlig demontiert. Nach den amtlichen Feststellungen beläuft sich der Gesamtwert der allein aus dem Werk München-Allach entnommenen Reparationsgüter in Form von Maschinen, Einrichtungen und Werkzeugen im Zeitpunkt der Entnahme auf rund 60 Millionen Mark, und zwar auf der Schätzungsbasis von 1938.

Nach Ablieferung der Reparationsgüter verfügten also die BMW, wenn man von dem Rumpfbetrieb in Spandau absieht, nur mehr über zwei Werkskomplexe ohne Maschinen. Beide waren zudem bombengeschädigt, das Werk Milbertshofen zu 40 Prozent, Allach zu 20 Prozent. Angesichts dieser Kriegsfolgen verdienen die erfolgreichen Bemühungen der Werksleitung und der Belegschaft um den Wiederaufbau des Unternehmens besondere Anerkennung. Als Grundlage der Neuproduktion kam dabei lediglich das stärker zerstörte Werk Milbertshofen in Betracht, während, wie ich noch näher ausführen werde, Allach von der Besatzungsarmee requiriert wurde.

Aber auch das Werk in Milbertshofen stand nicht in vollem Umfang zur Verfügung; es war zum Teil von der amerikanischen Luftwaffe und anderen US-Dienststellen beschlagnahmt. Auch heute noch ist dieser Zustand gegeben. Es wird mit einem Abzug der Amerikaner gerechnet, aber zur Zeit sind sie noch drin. Trotz dieser Schwierigkeiten gelang es den Bayerischen Motorenwerken, ihre Motorradherstellung nicht nur wieder zum Anlauf zu bringen, sondern unter Wiedergewinnung des Auslandsmarkts die Vorkriegsproduktion sogar zu überflügeln. Von den Erzeugnissen der Firma gingen 1951 nicht weniger als 33 Prozent über die Grenze, was einem Anteil von 27 Prozent des Gesamtexports der westdeutschen Motorradindustrie entspricht. Diese Zahlen beweisen am besten, daß die BMW

den guten Ruf ihrer Qualitätserzeugnisse von neuem zu bekräftigen vermochten.

In Allach freilich haben sich die Verhältnisse ganz anders entwickelt. Der tatsächlichen Besetzung des Werkes beim Einmarsch der alliierten Truppen folgte am 3. August 1945 die formelle Requisition für die US-Armee durch den Stadtkommandanten in München. Die Truppen hatten die Werkhallen zunächst ausgeräumt, um ein Armee-Depot darin einzurichten. Auf Grund eines weiteren Befehls wurde den BMW im Herbst 1945 ferner aufgegeben, die Großreparatur für die Motoren der Standardtypen der amerikanischen Armeefahrzeuge, später auch für andere Fahrzeugaggregate, aufzunehmen. Im Verhältnis zwischen den Bayerischen Motorenwerken und der Besatzungsmacht sind daher zwei Rechtsbeziehungen zu unterscheiden:

1. die Requisition von Grund, Gebäuden und Anlagen;
2. die Requisition von Werksleistungen, die von der Firma mit deren eigenen Arbeitskräften zu erbringen sind.

Es ist notwendig, auf die Entwicklung beider Fragenkreise näher einzugehen; denn aus ihnen ergeben sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Bei der Inanspruchnahme des Grund- und Anlagevermögens ist vor allem die Frage der Nutzungsentschädigung Anlaß zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Besatzungsmacht und Werksleitung geworden. Zunächst wurde eine solche Entschädigung in der für die Vergütung von Leistungen an die amerikanische Armee üblichen Weise gezahlt. Die Höhe der Entschädigung wurde im Einvernehmen zwischen dem Besatzungskostenamt, das seinerseits die Preisprüfungsstelle der Regierung von Oberbayern gutachtlich herangezogen hatte, und dem Stadtkommandanten festgesetzt und bezahlt.

Und nun fand eine Reihe von Verhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten, und zwar zunächst mit dem Kommandeur der europäischen Truppen bis zu McCloy und selbst bis zum Heeres- und Verteidigungsministerium der USA. Dort fand Ende August dieses Jahres eine Unterredung statt zwischen den Vertretern des Außen- und des Verteidigungsministeriums der USA einerseits und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der BMW, Herrn von Mangoldt, andererseits. Die BMW wurden nebenbei auch noch von den amerikanischen Betreuern des Werks vertreten. Es kam wiederum keine Einigung zustande. Herrn von Mangoldt wurde aufgegeben, vom Bundesfinanzministerium eine Bescheinigung herbeizubringen, aus der hervorgeht, wem nun eigentlich das Werk gehöre. Das **Bundesfinanzministerium** hat dann unter anderem folgenden Bescheid erteilt:

Das Bundesministerium der Finanzen ist insbesondere nach Kenntnisnahme von dem Ergebnis der Prüfung des Bundesrechnungshofes zu der Auffassung gelangt, daß das Gesellschaftskapital der Bayerischen Motorenwerke AG sich sowohl heute als auch in den Jahren 1932 bis 1945 nicht im Eigentum der öffentlichen Hand befunden hat, so

(Greib [CSU])

daß das Werk Allach der Bayerischen Motorenwerke im unmittelbaren Eigentum der Gesellschaft steht. Das Bundesministerium der Finanzen hält daher grundsätzlich die Zahlung einer angemessenen Nutzungsvergütung an Ihre Gesellschaft für gerechtfertigt und würde mit Requisitionsscheinen der US Army angewiesene Beträge auch über rückständige Nutzungsvergütungen aus dem Besatzungs- und Auftragsausgabenhaushalt zur Auszahlung bringen.

Weiter führte der Herr Wirtschaftsminister aus: Nicht minder bedeutungsvoll ist die Frage der Requisition von Werksleistungen, die von den Bayerischen Motorenwerken in Allach zu erbringen sind. Ein Reparaturunternehmen in der Größe des Allacher Werkes gibt es nach amerikanischen Berichten weder in den USA noch vielleicht irgendwo sonst in der Welt. Die technischen Anforderungen, die sich daraus ergeben, entsprechen naturgemäß der Größe des Werkes. Darüber hinaus kommt die wirtschaftliche und sozialpolitische Schwierigkeit hinzu, daß die amerikanische Armee unter einseitiger Berücksichtigung militärischer Gesichtspunkte bisher immer nur kurzfristige Produktionsaufgaben gestellt hat, die die Werkleitung an einer Planung auf weitere Sicht hindern. Der Firma wurde bisher nicht nur ein kalkulatorischer Gewinnzuschlag versagt; auch ein angemessener Betrag zur Abführung an ihren Unterstützungsverein, der einer Altersversorgung der Werksangehörigen im üblichen Umfang dienen soll, wurde nicht gestattet.

Welches sind nun über die privatwirtschaftlichen Interessen des Unternehmens hinaus die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Konsequenzen, die sich aus den dargelegten ungeklärten Fragen im Verhältnis zwischen US-Armee und den Bayerischen Motorenwerken ergeben?

Da die Verhältnisse im Lager unerträglich sind — es handelt sich um ein Lager, in dem ungefähr 3500 Menschen in der Nähe von Allach untergebracht sind —, hat das Innenministerium ein Wohnbauprogramm entworfen, das im kommenden Jahr abgewickelt werden soll. Im Zuge dieses Programms sind bereits einige Familien aus der Siedlung genommen und in Einzelwohnungen untergebracht worden. Nach seiner vollständigen Abwicklung im kommenden Jahr wird fast ein Drittel der im Lager wohnenden Familien ausgezogen sein, so daß eine entsprechende Auflockerung der Verbleibenden möglich wird.

In diesem Zusammenhang darf noch darauf hingewiesen werden — das ist gerade deshalb sehr bedeutsam, weil das Werk kein eigenes Produktionsprogramm hat und die Produktionsaufgaben immer nur ganz kurzfristig sind —, daß das Werk in Allach immer gehalten ist, schlagartig Entlassungen vorzunehmen. So wurde zum Beispiel kurz vor der Korea-Krise 1500 Belegschaftsmitgliedern auf einen Schlag gekündigt.

Der Minister fuhr fort: Der seit Korea verhältnismäßig hohe und stabile Beschäftigungsstand des

Werkes darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle sicheren Anhaltspunkte dafür fehlen, in welcher Richtung sich der zukünftige Beschäftigungsgrad bewegen wird. Nach wie vor muß mit einer unerwarteten Einstellung der amerikanischen Aufträge im Werk Allach gerechnet werden. Nun könnte daran gedacht werden, daß in einem solchen Fall die dort freigesetzten Arbeitskräfte überwiegend vom Werk Milbertshofen übernommen würden, wo die Bayerischen Motorenwerke zur Zeit an den Aufbau einer Automobilproduktion gegangen sind. Tatsächlich hat bei dieser Erweiterung des Erzeugungsprogramms des Unternehmens jener Gesichtspunkt eine gewisse Rolle gespielt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß bis auf weiteres wenigstens die Allacher Belegschaft immerhin in Allach gebunden ist, so daß die im Laufe der nächsten Zeit in Milbertshofen benötigten Arbeitskräfte dem freien Arbeitsmarkt entnommen werden müssen. Damit nehmen natürlich die Auffangmöglichkeiten für die Allacher Arbeiter in zunehmendem Maße ab. Dazu kommt, daß der Bedarf an Arbeitskräften in der Automobilproduktion der Bayerischen Motorenwerke weit hinter der derzeitigen Belegschaftsziffer des Werkes Allach zurückbleibt.

(Abg. Dr. Baumgartner: Das steht ja alles im Protokoll; es ist doch ein einstimmiger Beschluß!)

— Ich glaube, es ist notwendig — das habe ich von vornherein betont —, daß die Herren Abgeordneten und auch das bayerische Volk darüber unterrichtet werden, was in einem der größten Betriebe Bayerns vor sich geht. — Diese Gesichtspunkte sind nun in Washington zur Sprache gebracht worden. Der Wirtschaftsminister erklärte ferner: Die Frage der Nutzungsentschädigung und der Abrechnungsgrundsätze ist dabei nicht die unbedeutendste. Denn bei der beschränkten Aufnahmefähigkeit des privaten Kapitalmarktes und den spärlich fließenden öffentlichen Kreditmitteln ist für die Bayerischen Motorenwerke die Möglichkeit der Verfügung über die ihr zustehenden rückständigen Beträge entscheidend für die Endfinanzierung des Aufbaues ihrer Automobilproduktion, von der wiederum die weitere Einstellung von mehreren Tausenden von Arbeitskräften abhängt.

Meine Damen und Herren! Daraus entstand nach lebhafter Debatte im Wirtschaftsausschuß folgender einstimmig angenommener Antrag:

Die Staatsregierung wird ersucht, Schritte bei der Bundesregierung zu unternehmen, damit durch Verhandlungen mit der USA-Regierung der Abschluß eines Vertrages über die Benützung des BMW-Werkes Allach erreicht wird. In diesem Vertrag soll klargestellt werden:

1. daß die Armee eine ausreichende Mietentschädigung für die Zeit seit August 1948 nachzahlt und die Miete weiterzahlt, solange sie das Werk Allach für ihre Zwecke verwendet,
2. daß die Armee gegebenenfalls vor der Freigabe des Betriebes langfristig kündigt und

(Greib [CSU])

die Möglichkeit läßt, daß die vorhandenen 6000 Arbeiter weiterbeschäftigt werden können.

Da der Beschluß einstimmig gefaßt wurde, bitte ich das Hohe Haus, dem Beschluß zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich möchte die Herren Berichterstatter generell daran erinnern, daß das Hohe Haus die Übung eingeführt hat, bei einstimmig gefaßten Ausschußvorschlägen auf Darlegungen zu verzichten und sich auf die Bekanntgabe des Beschlusses zu beschränken.

(Abg. Luft: Zur Geschäftsordnung!)

— Herr Abgeordneter Luft zur Geschäftsordnung!

Luft (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß ausdrücklich darauf hinweisen, daß das beim vorhergehenden Antrag nicht der Fall war. Der Beschluß wurde nicht einstimmig gefaßt, sondern einige Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Beschluß, der jetzt zur Abstimmung steht, war nach der Mitteilung des Herrn Berichterstatters einstimmig gefaßt worden.

Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem auf der Beilage 3388 wiedergegebenen Ausschußvorschlag die Zustimmung erteilen will, wolle Platz behalten, wer dagegen ist, sich vom Platz erheben. — Stimmenthaltungen? — Der Ausschußvorschlag ist auch im Plenum einstimmig gebilligt.

Ich rufe auf Ziffer 9 der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Bantele betreffend Aufnahme des Projektes der Regulierung der Rößlau und der Selbitz in das Grenzlandprogramm (Beilage 2666).

Zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Ausschusses für Grenzlandfragen (Beilage 3201) erteile ich dem Herrn Abgeordneten Högn das Wort.

Högn (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Grenzlandausschuß beschäftigte sich in seiner 11. Sitzung vom 9. September 1952 mit einem Antrag des Abgeordneten Bantele. Der Antrag, der auf Beilage 2666 enthalten ist, behandelt die Regulierung der Rößlau und der Selbitz, die in das Grenzlandprogramm aufgenommen werden soll. Der Ausschuß empfiehlt die Annahme des Antrags, dem folgender Zusatz angefügt werden soll:

Die hierfür erforderlichen Mittel sind aus der für Oberfranken vorgesehenen Summe zu entnehmen.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Grenzlandausschusses, der einstimmig gefaßt wurde, zuzustimmen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr gut; das ist ein guter Bericht!)

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Die Beilagen 2666 und 3201 enthalten den Text des Antrags. Wer dieser Formulierung zustimmt, wolle Platz behalten, wer dagegen ist, wolle sich vom Platz erheben. — Stimmenthaltungen? — Der Ausschußvorschlag ist vom Plenum einstimmig gebilligt.

Ich rufe auf Ziffer 10 der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Puls betreffend Verwendung der Bezeichnung „Sudetenland“ bei der Ausstellung von Personalausweisen (Beilage 3185).

Zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Ausschusses für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Kriegsfolggeschädigten (Beilage 3202) erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Schreiner (BHE), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der 41. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Kriegsfolggeschädigten wurde der Antrag des Abgeordneten Puls betreffend Verwendung der Bezeichnung „Sudetenland“ bei der Ausstellung von Personalausweisen behandelt. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter der Herr Kollege Dr. Weigel.

Nach längerer Debatte faßte der Ausschuß auf Antrag der beiden Berichterstatter den Beschluß:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß bei der Ausstellung von Personalausweisen für Sudetendeutsche in der Spalte „Geburtsland, Landkreis“ zur Kennzeichnung des Geburtsortes nicht der Zusatz „Tschechoslowakei“ oder „CSR“, sondern die historischen Bezeichnungen „Böhmen, Mähren, Schlesien, Slowakei“ gewählt werden.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem einstimmig gefaßten Beschluß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor; wir kommen zur Abstimmung. Wer dem vom Berichterstatter wiedergegebenen Ausschußbeschuß die Zustimmung erteilen will, wolle Platz behalten, wer dagegen ist, wolle sich vom Platz erheben. — Stimmenthaltungen? — Der Ausschußbeschuß ist einstimmig gebilligt.

Ich rufe auf Ziffer 11 der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Piehler und Genossen betreffend Abstandnahme von der Entlassung von Arbeitern und Angestellten anläßlich der Auflösung des Verkehrsministeriums (Beilage 2978).

Berichterstatter über die Verhandlungen des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 3373) ist der Herr Abgeordnete Loos; ich erteile ihm das Wort.

Loos (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Verhandlungen lag der auf Beilage 2978 wiedergegebene Antrag des Abgeordneten Piehler mit folgendem Wortlaut zugrunde:

(Loos [SPD])

Der Landtag wolle beschließen:

Bei Auflösung des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten und Übernahme der Aufgaben dieses Ministeriums auf das Staatsministerium für Wirtschaft oder ein anderes Ministerium dürfen Arbeiter und Angestellte des Verkehrsministeriums, die das 35. Lebensjahr überschritten und mehr als drei Jahre in diesem Ministerium beschäftigt waren, nicht aus dem Staatsdienst entlassen werden.

Berichterstatter war Abgeordneter Loos, Mitberichterstatter Abgeordneter Strenkert.

Der Berichterstatter beantragte die Annahme des Antrags, der eine soziale Härte vermeiden wolle, indem er verhüte, daß ältere Angestellte brotlos werden.

Der Mitberichterstatter schloß sich dem Antrag unter dem Gesichtspunkt an, daß die Auflösung des Verkehrsministeriums keine soziale Härte schaffen dürfe. Er wollte dann noch wissen, wieviel Personen überhaupt von dieser Maßnahme betroffen werden.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, Herr Dr. Fröhler, erklärte, von den 81 Personen des Verkehrsministeriums sollten 46 im Wirtschaftsministerium weiterverwendet werden. 21 Personen seien von der Bundesbahn gekommen, die sich bereit erklärt habe, einen Großteil wieder davon zu übernehmen. Übernehme die Bundesbahn alle diese Personen, so könne es sich nur noch um 3 handeln, die unter den Antrag fallen. Übernehme die Bundesbahn nicht sämtliche Personen, so würden es vielleicht insgesamt 7 oder 8 Personen sein, da 9 Personen, deren Übernahme auf die Bundesbahn möglich ist, unter den Antrag fallen.

Der Ausschuß kam nach einer kurzen Beratung gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung zu dem Beschluß, den Antrag mit der Maßgabe anzunehmen, daß das Wort „dürfen“ durch das Wort „sollen“ ersetzt wird.

Ich bitte Sie ebenfalls um Zustimmung.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Dr. Seidel, Staatsminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn diesem Antrag entsprochen wird, werde ich, bildlich gesprochen, aufgehängt, und zwar vom sozialpolitischen Ausschuß an einem Birnbaum, vom Hohen Hause wahrscheinlich an einem Apfelbaum.

(Heiterkeit)

Man hat das Verkehrsministerium doch deshalb mit aufgelöst, um zu sparen.

(Sehr richtig! bei der BP und CSU)

Wenn Sie mich zwingen, alle über 35 Jahre alten Angestellten und Arbeiter im Staatsdienst zu behalten, dann wird die Effizienz der **Sparsamkeit** eben nicht erreicht.

(Abg. Dr. Baumgartner: Jetzt haben wir es!
— Sehr richtig! rechts und in der Mitte)

Wir haben in den letzten drei Jahren im Wirtschaftsministerium etwa 1200 Personen abbauen müssen. Das war eine sehr schwierige Aufgabe. Es ist uns gelungen, einen sehr hohen Prozentsatz dieser 1200 Menschen in andere Berufe und Arbeitsstellen zu vermitteln. Es wird uns gelingen, auch diese 21, 27 oder 30 Menschen des Verkehrsministeriums in gleichwertigen anderen Stellen unterzubringen. Ich kann aber nicht garantieren, daß sie nun ausgerechnet im Staatsdienst eine Verwendung finden.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Da es sich um Angestellte und Arbeiter handelt, ist das meines Erachtens auch völlig gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß die Leute eine ordentliche und gleichwertige Stelle bekommen. Wir sind bemüht, dies zu erreichen. Ich bitte, diesen Gesichtspunkt bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

(Beifall bei der BP, CSU und FDP)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Geislhöringer.

Dr. Geislhöringer (BP): Meine Damen und Herren! Wir erinnern uns noch alle der Debatten und Reden, die zu dem Antrag auf **Auflösung des Verkehrsministeriums** geführt worden sind. Da muß ich schon sagen: Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Zuerst hat man uns vorgemacht, man müsse das Verkehrsministerium auflösen, weil 350 000 DM eingespart werden. Man war nicht ehrlich genug, zu sagen, daß es aufgelöst werden muß, „weil wir es bei den Koalitionsverhandlungen verlangt haben“. Ich habe an diese **Einsparung** von vornherein nicht geglaubt. Der Beweis ist nicht einmal angetreten worden, obwohl wir ihn wiederholt in den Ausschüssen und im Plenum verlangt haben. Er kann auch nicht geführt werden.

Nun sieht man, wo diese 350 000 DM eingespart werden sollen. Doch nur beim **Personaletat!** Und nun kommen die Herren, die einmal gesagt haben, wir müßten sparen und deshalb das Verkehrsministerium auflösen, und erklären: Ja, sparen schon, aber die Leute müssen selbstverständlich weiter beschäftigt werden! Meine Herren! Wo sollen denn die **Ersparnisse** überhaupt herkommen? Das ist doch keine ehrliche Politik! Man kann doch nicht der Öffentlichkeit sagen, das Verkehrsministerium müsse aus Ersparnisgründen aufgelöst werden, und hinterher erklären, die Leute müssen alle im Staat weiter beschäftigt werden. So können wir nicht sparen! Es haben also diejenigen, die die Begründung gebracht haben, die anderen hereingelegt. Man hat tatsächlich mit der Begründung zu Unrecht operiert. Man hätte ehrlich sagen müssen: Eingespart wird nichts; wir wollen die Auflösung einfach aus politischen Gründen haben. Jetzt zeigt sich, was wir damals gesagt haben, daß die Einsparungen nur auf dem Papier stehen und lediglich zur Begründung des Antrags dienten. In Wirklichkeit sind keine Einsparungen vorhanden. Da, wo sie wirklich möglich wären, sind alle die Herren jetzt dagegen, die den Antrag gestellt haben, und erklären, die Leute müßten weiter beschäftigt werden. Deshalb bin ich sehr, sehr, und zwar angenehm überrascht, daß

(Dr. Geislhöringer [BP])

Ihnen der Herr Wirtschaftsminister sagen muß: Meine Herren, so geht es nicht! Entweder — oder! Entweder haben Sie damals die Wahrheit gesagt, daß Sie wirklich einsparen wollen, oder Sie treiben jetzt eine — ich will mich ganz parlamentarisch ausdrücken — nicht ganz richtige Politik.

(Abg. Dr. Baumgartner: eine verlogene Politik!
In dem Falle war sie verlogen.)

— Das dürfen wir nicht sagen.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Dr. Baumgartner, ich möchte diese Zwischenbemerkung zurückweisen.

(Abg. Stock: Dr. Baumgartner! Ich würde doch etwas vorsichtiger sein!)

Dr. Geislhöringer (BP): Es ist eine nicht ganz einwandfreie und nicht ganz ehrliche Politik, wenn man hinterher erklärt: Jetzt ist es beschlossen, und auch das andere müßt Ihr noch schlucken! Wir schlucken das nicht. Jetzt müssen Sie Farbe bekennen. Es ist nur bedauerlich — wir haben bereits darauf hingewiesen —, daß die Folgen der falschen Politik jetzt die Unschuldigen tragen, die nicht mehr beschäftigt werden können.

(Beifall bei der BP und der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Piehler.

Piehler (SPD): Meine Damen und Herren! Daß der Herr Abgeordnete Dr. Geislhöringer seine Bemerkungen in seiner bekannten Art vorgebracht hat, kann ich verstehen.

(Abg. Bezold: Ich habe gar nicht gewußt, daß er Verkehrsminister werden will!)

Den Herrn Wirtschaftsminister aber habe ich bisher für sehr objektiv gehalten, und ich kann es nicht verstehen, daß er heute so unobjektiv sein konnte.

(Widerspruch)

Der Herr Berichterstatter hat bekanntgegeben, daß es sich um 3, höchstens aber um 9 Personen handle.

(Abg. Dr. Baumgartner: Dazu brauchen wir doch den Landtag nicht stundenlang zu bemühen!)

In dem Antrag wird nicht verlangt, daß die 3 oder 9 Personen im Wirtschaftsministerium weiter beschäftigt werden sollen.

(Zurufe: Es heißt im Staatsdienst!)

Es ist nur verlangt worden, daß sie im Staatsdienst bleiben.

(Widerspruch rechts)

Bei den Zehntausenden von Angestellten, die im Staatsdienst beschäftigt sind, kann mir wirklich niemand weiß machen, daß es nicht möglich sein sollte, noch weitere 3 oder 9 Personen unterzubringen.

(Zuruf: Überschrift: Einsparung!)

Ich bin einer der Hauptbefürworter der **Auflösung des Verkehrsministeriums** gewesen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Na also!)

Ich habe mich aber dagegen gewehrt, daß die Auflösung sich einzig und allein zum **Schaden der Arbeiter und Angestellten** auswirkt.

(Zuruf von der BP: Das mußte es ja!)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Beamten übernommen werden. Mir ist es nur darum gegangen, daß die paar älteren Angestellten und Arbeiter, die auch im Verkehrsministerium beschäftigt waren, nicht entlassen werden. Und da berufe ich mich auf den Herrn Ministerpräsidenten. Der Herr **Ministerpräsident** hat die gesamte Privatindustrie aufgefordert, **ältere Angestellte** einzustellen, weil es ihnen unmöglich ist, wieder Stellen zu finden. Glauben Sie, daß, wenn jetzt 3 oder 9 ältere Angestellte entlassen werden, diese wieder eine Stelle finden? Ich habe das getan, was der Herr Ministerpräsident von der Industrie gefordert hat, ich habe verlangt, daß die paar älteren Angestellten und Arbeiter, die im Verkehrsministerium beschäftigt waren, weiterbeschäftigt werden, und weiter nichts. Wie man sich wegen 3 oder 9 älteren Angestellten überhaupt aufregen kann, ist mir unverständlich.

(Zurufe von der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegen zugrunde die Beilage 2978 und in Verbindung damit die Beilage 3373. Der Berichterstatter hat Ihnen die vom Ausschuß beschlossene Veränderung bekanntgegeben.

Wer dem Ausschußvorschlag die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Ausschußvorschlag und damit der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf die Ziffer 12 a der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten von Knoeringen, Kiene und Fraktion betreffend Vorlage des Entwurfs eines Waldschutzgesetzes (Beilage 2900).

Ich erteile das Wort zum Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 3304) dem Berichterstatter, dem Herrn Abgeordneten von und zu Franckenstein.

von und zu Franckenstein (CSU), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Antrag lag dem Hohen Hause bereits vor etwa vier Wochen vor, wurde aber wieder an den Ausschuß zurückverwiesen. Im Ausschuß wurde noch einmal festgestellt, daß es unmittelbar vor Bearbeitung des neuen Forstrechtgesetzes und vor dem kommenden neuen bayerischen Forstgesetz wohl keinen Zweck habe, eine einzelne Sache vorweg herauszugreifen. Deshalb hat der Ausschuß den Herrn Staatsminister für Landwirtschaft gebeten, möglichst bald auch mit dem Forstgesetz an den Landtag heranzutreten und den Antrag von Knoeringen und Fraktion geändert, so daß er nun folgendermaßen lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund auf die Ergänzung der Vorschriften des Kon-

(von und zu Franckenstein [CSU])

trollratsgesetzes Nr. 45 in der Richtung hinzuwirken, daß zwischen dem Abschluß des Kaufvertrags bezüglich eines Waldgrundstücks und der Genehmigung durch das Bauerngericht der gekaufte Wald nicht genutzt und nicht abgetrieben werden darf.

Der Ausschuß wollte damit der Anregung der sozialdemokratischen Fraktion entgegenkommen, daß auch bis zum Inkrafttreten des neuen Forstgesetzes Waldnutzungen von irgendwelchen Leuten, die keine Landwirte sind, aber die heutigen Holzpreise ausnützen wollen, verhindert werden sollten. Damit wollen wir dem neuen Forstgesetz in keiner Weise vorgreifen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag, den der Ausschuß einstimmig angenommen hat, auch im Plenum die Zustimmung zu erteilen.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Ausschußvorschlag die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Ausschußvorschlag vom Plenum einstimmig gebilligt ist.

Ich rufe auf die Ziffer 12 b der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Frühwald betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Hagelversicherung in Bayern (Beilage 2423).

Vor der Berichterstattung hat das Wort erbeten der Herr Staatsminister des Innern.

Dr. Hoegner, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Ich bitte, den Antrag an den Ausschuß zurückzuverweisen. In der letzten Sitzung war kein Regierungsvertreter zugegen, seine Entschuldigung ist zu spät eingetroffen.

(Zuruf von der BP: Einverstanden!)

Präsident Dr. Hundhammer: Aus dem Hohen Hause erhebt sich hiergegen keine Erinnerung. — Die Beilage 3305 wird an den Ausschuß zurückverwiesen.

Ich rufe nunmehr auf den

Antrag der Abgeordneten Meixner, Haisch, Mack und Fraktion betreffend erhöhte Futtermiteleinfuhr (Beilage 3255).

Über die Beratungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 3370) berichtet der Herr Abgeordnete Elzer. Ich erteile ihm das Wort.

Elzer (BHE), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In seiner 39. Sitzung befaßte sich der Landwirtschaftsausschuß mit dem Antrag der Abgeordneten Meixner, Haisch, Mack und Fraktion betreffend erhöhte Futtermiteleinfuhr laut Beilage 3255. Berichterstatter war Abgeordneter Elzer, Mitberichterstatter Abgeordneter Förster.

Nach der Stellungnahme des Berichtstatters ergriff der Regierungsvertreter, Regierungsdirektor Dr. Müller, das Wort und erläuterte die Lage auf

dem Gebiet der Futtermittelversorgung. Daran schloß sich eine eingehende Debatte, an der sich die Abgeordneten Mergler, Schuster, Mack, Ernst und Haisch beteiligten. Schließlich wurde auf Vorschlag des Berichtstatters der ursprüngliche Antrag wie folgt geändert:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund darauf hinzuwirken, daß die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel entsprechende Mengen Futtermittel im Inland aufkauft und, soweit notwendig, einführt, sie zu angemessenen, für die Landwirtschaft tragbaren Preisen absetzt und bevorzugt in die durch Trockenheit geschädigten Gebiete liefert. Für frachtentlegene Gebiete wäre eine Frachtvergünstigung herbeizuführen. Beim Import sind die inländischen gebietsweisen Futtermittelüberschüsse zu berücksichtigen.

Diesen Antrag hat der Ausschuß einstimmig angenommen. Ich ersuche das Hohe Haus, ihm ebenfalls zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung erfolgt nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem auf der Beilage 3370 wiedergegebenen Ausschußvorschlag zustimmt, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Der Ausschußvorschlag ist einstimmig gebilligt.

Bis zum Eintreffen des Herrn Abgeordneten Stegerer rufe ich inzwischen auf den Punkt 12 e:

Antrag der Abgeordneten Meixner, Haisch, Mack und Fraktion betreffend Einlagerung von Fleisch und Fleischerzeugnissen (Beilage 3257).

Das Wort zur Berichterstattung über die Beratungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 3372) erhält der Herr Abgeordnete Kiene.

Kiene (SPD), Berichterstatter: Der Antrag wurde in der 39. Sitzung des Landwirtschaftsausschusses vom 14. Oktober behandelt. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Schuster.

Es wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund zu veranlassen, daß die Einfuhr- und Vorratsstelle für Schlachtvieh weitere Mengen Fleisch und Fleischerzeugnisse einlagert, insbesondere Ochsen und Rindvieh aus den Schlachtviehmärkten in verstärktem Umfang herausnimmt.

Der Ausschuß bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter Haas, Sie sind zum Wort gemeldet; es handelt sich aber um einen einstimmigen Beschluß des Ausschusses.

(Abg. Haas: Es ist eine grundsätzliche Frage dabei zu besprechen!)

Wenn kein gegenteiliger Beschluß vorliegt, muß ich dem Herrn Abgeordneten Haas das Wort erteilen. — Herr Abgeordneter Haas, Sie haben das Wort.

Haas (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Auffassung, daß wir bei unserer Arbeit Entscheidungen nach staatspolitischen Gesichtspunkten zu treffen haben. Das bedeutet in diesem Fall, daß wir sowohl auf die **Erzeuger** als auch auf die **Verbraucher** Rücksicht zu nehmen haben, daß bei unseren Entscheidungen nicht einzelnen Interessen bestimmter Berufsgruppen Rechnung getragen wird.

(Abg. Dr. Baumgartner: Wie bei der Kohle!)

Ich habe zu diesem Problem einiges zu sagen und zunächst an den Herrn Landwirtschaftsminister einige Fragen zu stellen: Erstens einmal: Soll dieses Vieh, das in dem Antrag genannt ist, deswegen herausgezogen werden, um **Vorratswirtschaft** zu treiben? Dagegen wäre selbstverständlich vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus nichts einzuwenden. Zweite Frage: Wird dieses Vieh herausgenommen, um einen bestehenden **Überfluß** im Augenblick zu beseitigen? Diese Frage könnte man — ich bin davon unterrichtet — einwandfrei bejahen. Ich habe aber noch eine dritte Frage, und die ist mir die entscheidende Frage: Soll dieses Vieh herausgezogen werden, um die gegenwärtigen **Preise** zu stützen und Preissenkungen auf dem Fleischmarkt zu verhindern?

(Zuruf von der CSU: Sollen die Preise noch weiter heruntergehen?)

Zur Zeit ist etwas **Überfluß an Vieh** vorhanden. Ich glaube, wir Abgeordneten haben auch dafür einzutreten, daß verhindert wird, wenn einmal das Angebot da ist — bekanntlich sollen Angebot und Nachfrage den Preis regulieren —, daß die **Verbraucherpreise künstlich hochgehalten** werden. Ich werde Ihnen dafür ein praktisches Beispiel bringen.

(Abg. Nagengast: Es muß ja wegen des Futtermangels abgestoßen werden! — Zuruf des Abg. Baumeister)

— Meine Herren Kollegen, ich möchte Ihnen folgendes sagen: Wenn die Landwirtschaft hört, daß für die Verbraucher Einfuhren kommen sollen, regt sie sich über sie auf. Wenn sie aber Futtermittel braucht, verlangt sie vom Staat, daß sie billig eingeführt werden. Sie beansprucht also für sich etwas, was sie den Verbrauchern nicht geben will.

(Richtig!)

Im Ausschuß hat ein Regierungsvertreter mitgeteilt, für die Vorratswirtschaft sollen 3000 Stück Großvieh zur Verfügung gestellt werden, mit einem Betrag von 3 Millionen D-Mark, den der Bund aufbringt. Es ist aber auch mitgeteilt worden, daß man im Verwaltungsrat der Einfuhr- und Vorratsstelle für Vieh und Fleisch bereits beabsichtige, weitere 15 Millionen zur Verfügung zu stellen, um damit weitere 15 000 Stück Großvieh aufzukaufen. Die Folge davon wird sein, daß das natürliche Spiel von Angebot und Nachfrage und damit die Preisregulierung wieder ausgeschaltet wird.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Meine Herren Kollegen! Ich möchte Sie an das vergangene Jahr erinnern. Damals sind 30 000 Ton-

nen Butter eingelagert worden. Dann hat man die Butter da gehabt. 1500 Tonnen hat man zu einem Schleuderpreis nach England gegeben. Die Einlagerung dieser 30 000 Tonnen Butter hat den Bund immerhin 85 Millionen D-Mark gekostet,

(Hört, hört! bei der SPD)

die auch der Verbraucher zu zahlen hatte.

Ich glaube, daß die Angelegenheit nicht ganz so einfach ist, wie sie aussieht. Es wird Zeit, daß wir uns auch einmal der **Verbraucherinteressen** annehmen und nicht einzelnen Gruppen in unserem Staate

(Richtig! beim BHE)

die Möglichkeit geben, aus Profitgier einfach die Preise festzulegen.

Dazu möchte ich Ihnen ein Beispiel bringen. In der Woche vom 28. September bis zum 4. Oktober 1952 sind in Nürnberg **jugoslawische Schweine** angeboten worden mit der Absicht, damit den Schweinefleischpreis etwas zu senken. Die Anlieferung erfolgte durch einen Hamburger Händler. Der Hamburger hat in Nürnberg die Schweine zum Preis von 1,08 und 1,09 DM pro Pfund Lebendgewicht angeboten. Sonst lagen die Fleischpreise bei 1,19 bis 1,23 DM. Was ist nun eingetreten? Man hat erklärt, der Mann habe seine Schweine in Nürnberg nicht absetzen können. Was war aber wirklich geschehen? Nürnberger Großbetriebe mit ihren Kantinen und auch einige Schlächter hatten sich für diese Schweine interessiert und hätten sie zu dem Preis von 1,08 beziehungsweise 1,09 DM abgenommen; sie machten aber zur Bedingung, daß sie die Schweine erst lebend sehen wollten. Sie sind am nächsten Tag hingegangen — und die Schweine waren nicht mehr da! Ein anderer Nürnberger Händler hatte die Schweine aufgekauft, vom Nürnberger Markt weggezogen und in Stuttgart verkauft und dort — wie ich unterdessen erfahren habe — einen Preis von 1,14 beziehungsweise 1,15 DM bezahlt bekommen. Was berechtigt nun den Mann, einfach deswegen, weil er die Schweine in Nürnberg kaufen konnte und in Stuttgart teurer verkaufen kann, diese Differenz von 1,08 DM auf 1,15 DM in seine Tasche zu schieben, obwohl der Bund dafür eingetreten ist, daß diese Schweine eingeführt werden?

(Abg. Zillibiller: Dafür kriegen die Bauern nichts, Herr Kollege Haas!)

Meine Herren Kollegen, wir haben doch eine „**freie Marktwirtschaft**“

(Zurufe von der CSU)

und wir wollen doch dem **freien Spiel der Kräfte** Raum lassen.

(Erneute lebhafte Zurufe)

— Ich weiß, vollkommen richtig. Aber der Staat sollte dann nicht mit dazu beitragen, wenn einmal ein Überangebot da ist, — und auch wir sollten das nicht tun, meine Herren Kollegen —, und sollte dieses Überangebot zur Vorratswirtschaft verwenden. Nächstes Jahr wird dieses Fleisch, das unterdessen viel wertloser geworden ist, zum selben

(Haas [SPD])

Preis verkauft wie Frischfleisch, und der Staat zahlt dafür die Einlagerungskosten, so daß der Verbraucher auch die Einlagerungskosten aus seinen Steuergeldern zu bezahlen hat.

(Zustimmende Zurufe von der SPD — Gegenrufe von der CSU und BP)

Wenn man freie Marktwirtschaft treibt, dann sollten wir, meine Herren Kollegen, nicht die Hand dazu bieten, daß durch Abzug des Viehes — das wird ja nicht wegen der Vorratswirtschaft getan —

(Widerspruch)

einfach verhindert wird, daß der Verbraucher zu billigem Fleisch kommt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort erhält der Herr Abgeordnete von und zu Franckenstein.

von und zu Franckenstein (CSU): Meine Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Haas mit dem Satz aufgehört hat: Man will verhindern, daß der Verbraucher billiges Fleisch bekommt, so darf ich ihm sagen: Um dem Verbraucher ein billiges Fleisch zu geben, muß man eine **vernünftige Vorratswirtschaft** treiben.

(Lachen bei der SPD)

Eine vernünftige Vorratswirtschaft können Sie aber nur treiben, indem Sie in dem Moment kaufen, wo billig angeboten wird. Und heute wird infolge unserer **Futterknappheit** billig angeboten. Tun Sie das nicht, so sind wir gezwungen — und wir werden auch das mit Würde ertragen — und wir werden auch das mit Würde ertragen —, jetzt zu Schleuderpreisen abzugeben. Aber bitte, kommen Sie mir dann nicht im Frühjahr oder Sommer nächsten Jahres, wenn wir höhere Preise für Vieh haben, weil es Mangelware ist, und sagen Sie um Gottes willen nicht: Was denkt der Bauer jetzt von den Vieh- und Schweinepreisen? Das ist die Folge.

(Abg. Haas: Wenn es so käme, wäre es richtig, aber es wird nicht so!)

Im nächsten Jahr werden Sie wiederkommen und in Angebot und Nachfrage und in die höheren Preise Einbruch tun wollen, die wir bis dahin haben!

Treiben wir doch vernünftige Vorratswirtschaft und geben wir dazu jetzt die Möglichkeit, wo ein preiswertes Angebot da ist und wir froh sind, preiswert abgeben zu können, damit wir nicht im nächsten Frühjahr und im nächsten Sommer in eine Kalamität hineinkommen, in die wir sonst geraten müssen, da es wegen der zu hohen Preise unbedingt zum Konflikt kommen muß.

(Beifall bei CSU und BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Als Redner folgt der Herr Abgeordnete Hausleiter.

Hausleiter (fraktionslos): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe selten eine so über-

zeugende Rede für die **freie Marktwirtschaft** gehört, wie sie eben der Herr Kollege Haas von der SPD gehalten hat.

(Sehr richtig! in der Mitte)

Ich muß sagen, er hätte mich fast dazu hingerissen, mich zur freien Marktwirtschaft zu bekennen, wenn es nicht einige Argumente gäbe, die der Herr Kollege Haas und vielleicht auch die Verbraucher etwas gründlicher durchdenken müßten.

Worum hat es sich im vorigen Jahr gehandelt? Er hat das Beispiel der **Buttereinlagerung** angezogen. Die Verluste sind nicht entstanden, weil Butter eingelagert wurde, sondern die Verluste sind entstanden, weil die Butter **unsachgemäß** eingelagert wurde, von Leuten, die keinerlei Ahnung hatten, von Leuten, die nicht die notwendigen Voraussetzungen dafür mitgebracht haben, die man aus ganz bestimmten Gründen neu in das Geschäft gebracht hat.

Und nun haben die **Gewerkschaften** ausgerechnet — und ihre Rechnung ist richtig —, daß es dabei erhebliche Verluste gegeben hat. Dann sollten sie sich aber nicht gegen das Einlagern der Butter wenden, sondern gegen die **Fehler**, die **beim Einlagern der Butter** gemacht worden sind,

(Sehr richtig!)

und zwar im wohlverstandenen Interesse des Verbrauchers selber aus einer ganz einfachen Überlegung heraus: Mit Lebensmittelpreisen können Sie die Spekulation nicht zulassen, wie das hier die Gewerkschaften tun. Die **Spekulation mit Lebensmitteln** verstößt sowohl gegen das **Urinteresse des Bauern** wie gegen das **Urinteresse des Verbrauchers** auf der anderen Seite. Das ergibt die einfache Überlegung: Der Bauer braucht den **gerechten Dauerpreis**, und was hier angestrebt wird, ist etwas, was nach meiner Ansicht richtig ist. Ich halte die Politik des Professors Dr. Erhard für völlig falsch. Was hier Herr Kollege Meixner unternimmt, ist ein Antrag gegen den Bundeswirtschaftsminister Professor **Dr. Erhard**, der nämlich im Frühjahr dieses Jahres jubiliert hat, wie der Butterpreis heruntergegangen ist, und der gesagt hat: Zum ersten Male fallen die Preise! Der **Bundesoberoptimist in Bonn**

(Große Heiterkeit)

hat bei den sinkenden Butterpreisen geglaubt, zum ersten Male ein Nachlassen der Preiskurve feststellen zu können. Und was hat sich ereignet? Der Liberalismus denkt nur an die Sekunde des Augenblicks. Heuer, im Frühjahr, ist die Butter auf den Markt geworfen worden, und im Herbst hat es eine Verknappung der Butter gegeben. Die Preise sind im Herbst gestiegen und der Verbraucher, der im Frühjahr triumphiert hat, hat im Herbst ein höchst nachdenkliches Gesicht gemacht und ist in eine saumäßige Lage gekommen. Ich bitte das Wort „saumäßig“ zu entschuldigen,

(Heiterkeit)

aber wer weiß, wie die Lage im Herbst gewesen ist, der weiß auch, daß damals die armen Haushalte in Schwierigkeiten geraten sind. Es wäre ausgezeichnet, wenn die Herren von den Gewerkschaften

(**Haubleiter** [fraktionslos])

hier das Interesse des Verbrauchers ganz nachdenklich betrachten würden.

(Zuruf des Abg. Hagen Lorenz)

Der Verbraucher hat genau so Interesse an einer Marktordnung, wie es auch der Erzeuger hat. Der Bauer braucht den gerechten Dauerpreis. Er kann nämlich nicht im Frühjahr darauf spekulieren, ob es im Herbst zu, viel oder zu wenig Korn gibt; weil nämlich nicht der Bauer, sondern immer noch der Himmel über dieser Erde das Wetter bestimmt. Der Bauer ist also nicht in der Lage, zu spekulieren, und deshalb ist die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen, wie sie der Liberalismus empfiehlt, gegen das Grundinteresse des Bauern schlechthin gerichtet.

Genau so ist es mit der **Viehaufzucht**. Sie können nicht voraussehen, ob es in zwei Jahren zu wenig oder zu viel Fleisch gibt. Der Bauer muß sein Vieh aufziehen, und er hat dieses natürliche Ethos der bäuerlichen Produktion. Ich behaupte nun, an einer solchen Marktordnung hat der Verbraucher genau das gleiche Interesse.

(Zuruf: Also Planwirtschaft!)

Wenn Sie heute die Preise im Nahrungsmittelsektor freigeben, können Sie morgen bei einer Mangellage die Preise nicht fixieren. Das ist ausgeschlossen. Wenn dann eine **Mangellage** entsteht, steigen die Preise und es kommen unvermeidlich die in eine Notlage, die am Ende der sozialen Schlange stehen. Deshalb ist aus sozialen Gründen eine Marktordnung auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft unumgänglich. Hier habe ich eins gesehen: Hier war die Zusammenarbeit zwischen dem Bauernverband und den Gewerkschaften in der Notlage der Reichsmarkzeit vorbildlich, das wollen wir doch einmal sagen. Da haben beide miteinander das Erzeuger- und das Verbraucherinteresse auszugleichen versucht.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Und nun tritt eine **vorübergehende Überschußlage** ein. Aus der vorübergehenden Überschußlage werden die Verbraucher liberalistisch. Dieses Abwandern der Verbraucher einschließlich der Gewerkschaften in den Liberalismus auf Grund einer vorübergehenden Überschußlage ist volkswirtschaftlich meiner Ansicht nach ein ausgesprochener Unsinn. Sie müssen die Marktordnung heute durchhalten, um morgen bei einer Notlage die sozial Schwachen schützen zu können. Aus diesem Grunde bin ich über eins überrascht; Wenn es richtig ginge, wenn in der Politik logisch gearbeitet würde — aber das geschieht nicht —, dann hätte nämlich Herr Kollege Haas den vorliegenden Antrag eingebracht und Herr Kollege Meixner hätte gegen den Antrag gesprochen,

(Heiterkeit)

wenn Herr Kollege Meixner ein wahrer Anhänger des Professors Dr. Erhard wäre. Deshalb muß ich Ihnen sagen: Gerade weil ich versuche, logisch zu denken,

(Heiterkeit)

bin ich für den Antrag und verstehe nicht die unlogische Haltung, die unser Kollege Haas hier eingenommen hat.

(Beifall bei der CSU, BP und der Gruppe der DG)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haisch.

Haisch (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag des Herrn Kollegen Meixner ist zweifellos nicht allein im Interesse der Erzeuger gestellt, sondern vor allem im Interesse der Verbraucher.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Infolgedessen ist es mir ganz unerklärlich, wie der Herr Kollege Haas dagegen Sturm laufen kann; denn das, was wir wollen, Herr Kollege Haas und meine sehr geehrten Herren, ist ja,

(Abg. Haas: Wenn Vorratswirtschaft erfolgt, dann ja!)

daß wir auch im Bundesgebiet wiederum dazu kommen, eine **nationale Reserve** anzulegen,

(Abg. Haas: Wie bei der Butter!)

die notwendig ist, um alle Schwierigkeiten zu überwinden. Ich darf bei dieser Gelegenheit das **Getreide** anführen. Diese Zeit ist Gott sei Dank vorbei, und die Bundesregierung hat daraus gelernt. Wir waren im April 1951 in der Getreidewirtschaft so weit — das wird der Herr Staatsminister bestätigen können —, daß wir kaum mehr für 14 Tage Getreide auf Lager hatten, und wir wußten Mitte April 1951 nicht mehr, wie wir in 14 Tagen die Bevölkerung mit Mehl versorgen können, weil uns jede nationale Reserve fehlte. Damals war es die Aufgabe des Herrn Bundesernährungsministers, zusammen mit dem Herrn Bundeskanzler auf den Petersberg zu gehen und zu bitten, daß wenigstens die letzten Schiffe, die noch in Hamburg, in Lübeck und in Bremen lagen, noch ausgeladen werden dürften, damit unsere Bevölkerung nicht in Not kommt.

Meine sehr geehrten Herren, gerade von der Verbraucherseite müßten wir diese Anträge in besonderem Maße unterstützen und mit dafür sorgen, daß nicht heute der Erzeuger für Milch einen Preis von 19 Pfennigen bekommt und morgen von 28 Pfennigen. Was wir von der agrarpolitischen Seite wollen, ist vielmehr eine Stetigkeit, eine **Gleichmäßigkeit in der Preisentwicklung**,

(Sehr gut!)

nicht heute eine Entwicklung nach oben und morgen nach unten; denn dabei gehen wir zugrunde, die Erzeugerschaft so gut wie der Verbraucher, dem damit in gar keiner Weise gedient ist.

(Sehr richtig!)

Warum haben wir nun den Antrag eingereicht? Die **Dürre** hat hauptsächlich im **fränkischen Gebiet** oben zum Abstoßen von Vieh, also zu einem **Überangebot an Vieh** geführt. Wir kommen bereits im November, aber erst recht im nächsten April in die große Schwierigkeit, daß wir dann kein Fleisch

(Haisch [CSU])

mehr in Reserve haben und daher froh sein können, wenn wir die Reserven, die wir heute aus dem Markt bringen, zur Ernährung unserer Bevölkerung haben.

(Sehr gut! bei der CSU)

Das ist keine einseitige Ernährungspolitik und keine einseitige Agrarpolitik, sondern das ist **bewußte Agrarpolitik**, die sich auf dem Boden des Volksganzen in Verantwortung aufbaut. Das bitte ich nicht zu übersehen.

Wenn Sie vorhin von der **Butterkalamität** gesprochen haben, so möchte ich behaupten, diese Kalamität wäre weder für die Verbraucher noch für die Erzeuger gekommen, wenn man zur Zeit der Milchschwemme im Mai 1951 — und jetzt hören Sie! — nicht 10 000 Tonnen Butter aus Schweden, Dänemark und Holland im Tauschverfahren eingeführt hätte.

(Abg. Piechl: Sehr richtig!)

Nur dadurch sind wir in die Zwangslage gekommen, Butter einzulagern. Man hat dadurch den deutschen Steuerzahler zweimal in Anspruch genommen: einmal für die Einfuhr und das andere Mal für die Einlagerung. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir eine derartige Politik nicht gutheißen können. Und deshalb haben wir diesen Antrag eingereicht. Ich glaube, man sollte diesen Antrag unterstützen; denn wir wollen ja doch eine **Verbraucher- und Agrarpolitik** betreiben, die dem **Volksganzen** dient.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Nagengast; ich erteile ihm das Wort.

Nagengast (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Kollege Haas ist ja doch Franke wie ich; er kennt daher ganz genau die **Auswirkungen**, die das **Trockenjahr 1952** gerade in **Franken** hatte. Ich darf sagen, bei uns geht es nicht mehr um den Preis für unser Vieh, bei uns geht es darum, das **Vieh**, das wir nicht mehr durch den Winter bringen können, überhaupt abzustößen.

(Zuruf von der SPD: Dann herunter mit den Preisen!)

— Von mir aus! Ich muß ein Drittel meines Viehs abstoßen, ob es nun teuer oder billig ist. Ich muß auch Heu kaufen, und verschiedene Herren aus Oberbayern werden mir bestätigen, daß ich mich schon um Heu umgesehen habe, wobei ich den Preis dafür hier gar nicht nennen will. Unter diesen Umständen ist es doch nur zu begrüßen, wenn eine **Bevorratung von Fleisch** zustande kommt, damit wir unser Vieh, das wir nicht mehr durchfüttern können, abstoßen können. Der Preis spielt dabei gar keine Rolle; wir wollen nur über den Winter kommen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Thanbichler.

Thanbichler (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zum Wort ge-

meldet, wenn nicht Herr Kollege Haas uns etwas unterschoben hätte. Er hat gesagt, der Antrag entspringe einer gewissen Profitgier.

(Abg. Haas: Nicht der Bauern, sondern anderer Kreise!)

Nicht aus Profitgier, sondern weil wir Sorge haben um die **Stabilität**, die sowohl die Verbraucher wie die Bauern brauchen, haben wir diesen Antrag gestellt. Wir haben es satt, daß andauernd über die Bauern geschimpft wird. Was haben wir denn, wenn wir das Vieh jetzt im Herbst hirschenken müssen und dann im Frühjahr, wenn die Preise steigen, über die Bauern geschimpft wird, die nie genug bekommen können, während wir dann kein Vieh mehr zu verkaufen haben! Es geht hier genau so wie bei den **Kartoffeln**. Wie haben wir im Frühjahr die Saatkartoffeln kaufen müssen, und nun ist die Ernte schlecht ausgefallen, wenn es auch Gott sei Dank doch wieder besser aussieht. Wir Bauern sind froh, wenn wir einen annehmbaren Preis für unsere Produkte bekommen, der die Rentabilität sichert. Wir haben kein größeres Interesse, als daß wir, wie das gestern der Herr Innenminister ausgeführt hat, bei unserer Arbeit unsere bayerische Ruah haben, daß also nicht dauernd über uns losgedonnert und geschimpft wird. Wir wollen nur, daß wir für unsere Arbeit entsprechend bezahlt werden, und weiter nichts. Wir wollen, daß wir nicht in eine Krise hineingeraten, weil wir durch die Dürre gezwungen sind, das Vieh abzustößen. Wir wollen auch nicht im Frühjahr, wenn dann kein Vieh zu verkaufen ist, wieder als die Sündenböcke abgestempelt werden. Wir wollen eine **soziale Marktwirtschaft** im Interesse der Bauern und der Verbraucher.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Gabert.

Gabert (SPD): Meine Damen und Herren! Haben Sie keine Angst, es kommt keine lange Rede! Ich habe immer einen gewissen Respekt, wenn der Herr Abgeordnete **Haußleiter** mit solcher Virtuosität seine Wortspiele zu machen versteht.

(Abg. Piechl: Der wird jetzt auch Ökonomierat!)

Ich glaube aber, der Herr Abgeordnete Haußleiter hat hier bei seiner Fähigkeit, das Wortspiel zu beherrschen, dem Kollegen Haas etwas in den Mund gelegt — vielleicht bewußt in den Mund gelegt —, was Herr Kollege Haas gar nicht gemeint hat. Kollege Haas hat ganz klar und deutlich auf den Widerspruch hingewiesen, der sich bei den Befürwortern der freien Marktwirtschaft zeigt, wenn sich die **Regeln der freien Marktwirtschaft** einmal gegen sie wenden und sie dann sofort nach einer anderen Wirtschaftsform rufen, die wir Sozialdemokraten schon lange als die richtige ansehen. Sie wollen diesen inherein Widerspruch vielleicht nicht wahr haben; er kommt aber immer wieder zum Ausdruck, wenn in der freien Wirtschaft, im freien Spiel der Kräfte die Preise nach unten gehen; denn dann rufen Sie nach dem Staat.

(Widerspruch bei der CSU)

(Gabert [SPD])

Wir sind der Meinung, daß auch dann die Pflicht besteht, zu planen, wenn die Preise nach oben gehen und die Verbraucher geschützt werden müssen. Wenn ein Kollege gemeint hat: wir wollen eine Agrarpolitik für das Volksganze, so bin ich der Ansicht: wir wollen nicht nur eine Agrarpolitik für das Volksganze, sondern eine **Wirtschaftspolitik für das Volksganze**.

(Beifall bei der SPD)

Das ist es, für was wir eintreten.

Dem Kollegen, der von der Marktordnung gesprochen hat, geben wir vollkommen recht. Auch wir sind ja für die **Schaffung einer Marktordnung** eingetreten; bis heute haben wir sie aber noch nicht. Es wäre also dringend notwendig, sich einmal ernstlich mit diesem Problem zu beschäftigen. Die bäuerlichen Kollegen, die heute gesprochen haben, müßten eigentlich in Konsequenz ihrer Auffassung sagen, die freie Marktwirtschaft, wie sie in Bonn betrieben wird, — und da stimme ich Herrn Kollegen Haußleiter bei — ist nichts für die Bauern, und müßten dann auch die politischen Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner erhält das Wort der Herr Abgeordnete Luft.

Luft (BHE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gar kein Zweifel, daß dieser Antrag und die Debatte hiezu schlaglichtartig die **Wirtschaftspolitik** erhellt, die wir in der **Bundesrepublik** haben. Von einer freien Marktwirtschaft kann gar keine Rede sein. Wir haben nur den **Versuch einer freien Marktwirtschaft**. Wir haben auf der einen Seite Einfuhr- und Devisenbeschränkungen und Bewirtschaftungsmaßnahmen der verschiedensten Art; auf der anderen Seite versucht man, eine freie Marktwirtschaft zu betreiben. Ich komme, wie Sie wissen, aus der früheren Tschechoslowakei, wo wirklich eine freie Marktwirtschaft geherrscht hat. Es wäre höchste Zeit, die Grundsätze, die dort bestanden, auch bei uns anzuwenden. Dazu gehört zum Beispiel auch eine **vernünftige Vorratswirtschaft für Notzeiten**. Ich kann also in diesem Antrag an sich keinen Widerspruch zur freien Marktwirtschaft erblicken, sondern es ist nur vernünftige Planung, wenn man seitens der Regierung bei so labilen Vorgängen, wie sie sich nun einmal in der Landwirtschaft witterungsbedingt zeigen, eine Vorratswirtschaft betreibt. Ich kann bei dieser Gelegenheit auch daran erinnern, was vorher war. Es verstößt auch nicht gegen die freie Marktwirtschaft, wenn man eine **Subventionspolitik** betreibt. Zu allen Zeiten war es üblich, daß sich die Wirtschaft in den Ländern zu schützen versucht hat, soweit dies notwendig war. In der Bundesrepublik und auch im Bayerischen Landtag wirken Subventionen wie ein rotes Tuch. Man geht alle möglichen Wege, um zu verschleiern, daß es sich um subventionierte Preise handelt. Man sollte aber nach meiner Meinung vollkommen klar über diese Dinge reden und auch die Bevölkerung über die wirklichen Zusammenhänge

aufklären, denen sich das deutsche Volk augenblicklich gegenüber sieht. Wir wissen doch, daß die Bundesregierung gar nicht die Freiheit besitzt, unsere Wirtschaft so zu lenken, wie wir es brauchen. Bedauerlicherweise ist es doch so, daß tatsächlich ein **Chaos bei den Lebensmittelpreisen** eingetreten ist, so daß der Verbraucher, fast möchte man sagen, nicht mehr weiß, welche Lebenshaltungskosten der nächste Tag bringen wird.

Wir müssen zugeben, daß die Bevorratung und also auch dieser Antrag auf Bevorratung diesem Zustand nicht zu Leibe geht. Er wird nicht herbeiführen, daß die **Fleischpreise** vorübergehend absinken; vielmehr werden tatsächlich die Fleischpreise in jenem Zeitpunkt, wo wir sie dringendst stabil halten müßten, wieder hoch sein. Das ist die tatsächliche Lage, und deshalb würde ich schon meinen, daß man diesem Antrag zustimmen sollte, aber auf der anderen Seite sollten wir in diesem Hause erkennen, daß wir in allen Fragen der Wirtschaftspolitik eine klare Linie zu verfolgen haben und es ablehnen müssen, einer Politik, wie sie in Bonn betrieben wird und die vielleicht bisher eine gewisse Berechtigung hatte, auch in den Ländern die Stange zu halten, wenn wir, klar sehen, daß sie unrichtig ist.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort erhält als nächster Redner der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner:

Dr. Baumgartner (BP): Meine Damen und Herren! Ich darf zu den drei Anträgen 12 c, d und e der Tagesordnung kurz ein paar Worte sagen. Alle drei Anträge sind eigentlich überholt. Wir befassen uns hier mit Dingen, mit denen der Bayerische Landtag überhaupt nichts zu tun hat. Sie können allerdings diese Anträge ruhig annehmen.

(Abg. Kiene: Zurückziehen!)

Als diese drei Anträge gestellt wurden, waren sie vielleicht berechtigt. Es sind das aber doch ausgesprochene **Fenster- und Propaganda-Anträge**, weil der Landtag damit nichts zu tun hat. Ich habe das auch schon im Landwirtschaftsausschuß ausgesprochen. Wenn man das aber feststellt und dagegen stimmt, wird Propaganda gemacht, man sei gegen die Bauern eingestellt. Ich habe den Mut, das auszusprechen.

(Beifall bei der SPD)

Es sind das Fenster-Anträge. Aber ich bin, wie gesagt, dafür, daß wir ihnen zustimmen,

(Große Heiterkeit, vor allem bei der CSU)

weil es sonst draußen heißt, der Bayerische Landtag hätte gegen die Interessen der Bauern gehandelt. Die drei Anträge sind, wie gesagt, überholt, und der Herr Staatsminister für die Landwirtschaft hätte längst hier heraufgehen und Aufklärung geben müssen, und zwar auch über die **Futtermittelfrage** und die **Milokorn-Angelegenheit**, die ja, da die Devisen nicht zur Verfügung stehen, ins Wasser gefallen ist. Herr Kollege Haas von der SPD hat ganz richtig gespürt, daß hier etwas nicht in Ordnung ist. Wenn Sie diese Anträge annehmen, passiert weder den Bauern noch den Konsumenten etwas, Sie haben

(Dr. Baumgartner [BP])

lediglich einmal wieder einen Feld-, Wald- und Wiesenantrag angenommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und BP und Zurufe)

— Ich weiß, wie das ausgewertet wird; aber ich glaube doch sagen zu müssen: Stellen wir nicht immer Propagandaanträge!

Die **internationale Lage**, die ich kürzlich in Rom am Internationalen Agrarinstitut zu studieren Gelegenheit hatte, ist so, daß wir in Deutschland immer darauf angewiesen sein werden, bei Getreide etwa 40 Prozent und bei Fett etwa 60 Prozent einzuführen. Den Herren von der Linken möchte ich sagen: Wenn wir die völlig **freie Marktwirtschaft** hätten, würden unsere Konsumenten darüber staunen, wie die Preise auf dem gesamten Lebensmittelmarkt hinaufgingen, weil eben die Weltmarktpreise ganz anders liegen. Wir brauchen das, was von den Vorrednern gefordert worden ist: die **Marktwirtschaft, eine geordnete Wirtschaft**. Aber diese drei Anträge bezwecken praktisch gar nichts, weil der Bund in diesen Dingen bereits tätig ist und weil keine Devisen vorhanden sind, und die Vorratswirtschaft ohnehin bereits betrieben wird.

Ich bitte den Herrn Staatsminister, mir zu bestätigen, daß die Dinge so liegen.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. Schlögl, Staatsminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Ich hätte nicht geglaubt, daß diese drei Anträge eine derartige Debatte heraufbeschwören werden, weil sie lediglich etwas bezwecken, was im Sinne der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung liegt.

Der Herr Kollege **Haas** hat eine Frage angeschnitten, auf die ich ganz kurz eingehen möchte. Kollege Haas hat nachzuweisen versucht, daß die **Bevorratung bei Butter** letzten Endes mit dazu beigetragen habe, die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete zu vergrößern. Herr Kollege Dr. Baumgartner hat mit Recht betont, daß wir zu einem sehr hohen Prozentsatz — im Durchschnitt aller Lebensmittel zu etwa 35 Prozent — auf **Einfuhren** angewiesen sind. Da sowohl der Erzeuger wie der Verbraucher ein großes Interesse am Bestehen stabiler Preise haben, ist klar, daß es **Aufgabe des Bundes** sein muß, entsprechende **Vorräte** anzusammeln, um gegebenenfalls preisregulierend wirken zu können. Gerade bei der Butter hat man das Verkehrteste gemacht, was man überhaupt machen konnte: man hat bei Butter die Vorräte im April abgestoßen und keine neuen Vorräte angesammelt. Die Folge davon war, daß mit der **Dürrekatastrophe** auch die Schwierigkeiten in der Butterversorgung eingetreten sind. Hätte man damals statt 3000 tons einen Vorrat von 30 000 tons gehabt, dann wäre auf dem Buttermarkt nichts passiert. Es liegt im Wesen der freien Wirtschaft, daß ein Land, das sich nicht selbst ernähren kann, eine entsprechende

Vorratshaltung treiben muß. Das ist hundertprozentig richtig.

(Zuruf von der CSU: Und vernünftig!)

Alle anderen Länder handeln so; nur bei uns — seien Sie mir nicht böse, Herr Kollege Haas, wenn ich das sage — macht sich spürbar, daß wir eine vollständig falsche Erziehung genossen haben.

(Zurufe von der SPD: Wir nicht!)

Es macht sich bei wirtschaftlichem Geschehen sofort die **Parteipolitik** bemerkbar, und daran liegt es, daß man dann Erzeuger und Verbraucher durcheinander bringt, statt die Dinge beim Namen zu nennen. Man muß anerkennen, daß wir eine Vorratspolitik brauchen — und zwar bei allen Lebensmitteln —, weil wir nicht selber in der Lage sind, uns zu ernähren. Ich weiß, welche Anträge gestellt worden sind — schade, daß der Herr Präsident der Gewerkschaften nicht mehr da ist — und wie häufig und stark ich mit all diesen Dingen befaßt worden bin. Man hat gesagt, wir hätten einen Saison-Abschlag bei der Milch machen sollen. Wenn wir ihn eingeführt hätten, dann hätten wir in einigen Wochen wieder zum alten Preis zurückkehren müssen. Man kann eben in der Wirtschaft nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten handeln, weil die **Wirtschaft** in sich selbst ihre **ehernen Gesetze** hat. Eines dieser ehernen Gesetze lautet, daß **Angebot und Nachfrage** den **Preis** regeln. Wenn wir zu einem hohen Prozentsatz vom Ausland abhängig sind und wenn die Bundesregierung keine Vorräte hat, dann laufen uns in Mangelzeiten die Preise einfach davon. Auch der Bundesernährungsminister Niklas hat anerkennen müssen, daß ihm der Butterpreis davongelaufen ist. Warum? Weil bloß für drei Tage Vorräte da waren; und mit diesen 3000 tons war nichts anzufangen. Was ist dann weiter geschehen? Man hat alle möglichen Forderungen gestellt, auf Beseitigung der Zölle usw., alles mit der Folge, daß wir sogar den Auslandsmarkt verteuerten; denn das Ausland war hellhörig und hat unsere Lage ausgenützt.

So ist das eingetreten, was wirklich nicht im Interesse der Verbraucher war. Daher würde ich doch bitten, daß man solche Probleme der Wirtschaft ruhig und vernünftig betrachtet. Man darf nicht gleich das ganze Porzellan zerschlagen, sondern man soll einsehen, daß ein Land, das vom Ausland abhängig ist, eine **Vorratshaltung in bestimmten Grenzen** treiben muß. Bei Butter würde ich mir eine Vorratshaltung für eineinhalb Monate wünschen; dann würde es auf diesem Gebiet keine Schwierigkeiten geben. Der Monatsbedarf an Butter beträgt bekanntlich ungefähr 30 000 tons. Es würde, nachdem wir gerade bezüglich Fett vom Ausland so sehr abhängig sind, nicht schaden, wenn wir Vorräte für eineinhalb Monate hätten.

Bei der Agitation, die getrieben wird, kommen Zahlen zustande, die gar nicht richtig sind. Herr Kollege Haas, ich kann Ihnen authentisch erklären, daß die Vorratshaltung bei Butter nicht 85 Millionen, sondern lediglich etwas über 14 Millionen Staatsgelder gekostet hat. Alle anderen Ziffern sind unrichtig.

(Abg. Haas: In der Presse stand es!)

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

— Ja, die Presse! Ich bitte die Presse — —

(Abg. Haas: Auch von Abgeordneten aus Bonn wurde es erklärt!)

— Also, ich muß doch wissen, daß die von mir angegebene Zahl stimmt, weil ich mich selbst genau erkundigt habe.

Sie haben vorhin das Wort „**Presse**“ in die Debatte geworfen, Herr Kollege Haas. Ich bin ein Freund der Presse. Aber leider Gottes beschäftigt sich die Presse viel zu wenig mit wirtschaftlichen Vorgängen, und wenn sie es tut, dann wird nicht immer alles richtig beurteilt. Es fehlen die Fachleute, auch in den größeren Zeitungen. Man sollte sich zur Gewohnheit machen, daß man gerade bei der Beurteilung der Wirtschaftspolitik die Dinge sehr vernünftig betrachtet und nicht Schlußfolgerungen zieht, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Wenn man in der Presse die Wirtschaftspolitik so behutsam behandeln würde wie etwa den Sport, dann würde gar nichts passieren; dann wäre unsere Bevölkerung über alle diese Fragen aufgeklärt.

(Beifall)

Aber leider hat man für den Sport mehr Interesse als für solche Lebensfragen des gesamten Volkes.

(Sehr richtig! — Abg. Eberhard: Die Catcher und die K.o.)

Nun zu den **Anträgen!** Es ist wahr, was Herr Kollege Dr. Baumgartner angeführt hat, nämlich, daß diese Anträge etwas überholt sind. Aber trotz allem ist es nützlich, wenn wir die Bundesregierung immer und immer wieder auf diese Probleme hinweisen. Sie unterstützen damit auch die Arbeit des Ernährungsministers in Bayern.

(Abg. Eberhard: Sehr gut!)

Es ist daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht richtig, die Schlußfolgerungen zu ziehen, die der Herr Kollege Haas hier gezogen hat.

Ich darf zur **Fleischaktion** folgende Zahlen bekanntgeben: Wir hatten in der Woche vom 27. Oktober bis 1. November 1952 — das sind die neuesten Zahlen nach Abzug der von der Vorratsstelle übernommenen Tiere — in Augsburg einen Überstand an Vieh von 48 Rindern, in Memmingen von 190, in München von 541, in Nürnberg von 120 und in Regensburg von 182. Herausgenommen hat die Vorratsstelle in Augsburg 60, in München 430 und in Nürnberg 102 Stück. Die anderen Tiere wurden nicht herausgenommen. Nun weiß der Oberbürgermeister von München ganz genau: Wenn in Schlachthöfen sich sehr viel Vieh ansammelt, besteht immer die **Gefahr von Seuchen**, und ein Teil der Tiere muß geschlachtet werden. Daher hat die Vorratsstelle hier eingegriffen. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß in den Monaten März und April der Viehauftrieb auf den Schlachtmärkten nicht mehr so groß ist. Daher würde es sehr günstig sein, wenn wir für diese Monate noch etwas Vorrat haben.

(Sehr richtig!)

Ich weiß, ich werde mit dem Herrn Kollegen Wimmer in dieser Frage nie ganz einig sein, aber, Herr Kollege Haas, jetzt kommt der Trugschluß: Sie meinen, daß der Verbraucher davon den Vorteil haben wird, wenn wir kein Vieh herausnehmen. Ich garantiere Ihnen, auch wenn die Tiere einen Monat lang draußen stehen, werden die Preise nicht so sinken, wie Sie es wünschen. Wir haben trotzdem im Ablauf von 6 Wochen bei Rindern Preissenkungen im Betrag von 20 Pfennigen, bei Schweinen von 10 Pfennigen erlebt. Meine Damen und Herren, Sie sehen hier die Tendenz der Preisentwicklung. Trotz alledem haben Sie beobachten können, daß die Auswirkung bis zum Verbraucher nicht so ist, wie wir es vielleicht alle erwartet haben.

(Zuruf von der SPD: Überhaupt keine!)

— Das ist Ihr Trugschluß.

Das ist auch bei den **Nürnberger Schweinen** nicht so der Fall. Ich kenne den Vorgang. Ein Importeur hat jugoslawische Schweine eingeführt. Im allgemeinen machen das bei uns in Bayern die Firmen Hauck, Danhuber und andere größere Importeure. Die sind monatelang hier in München auf ihren Schweinen sitzengeblieben.

(Heiterkeit)

— Ich habe mich nur bildlich ausgedrückt.

(Zuruf: . . . um die Preise zu halten!)

— Nein, sie haben nicht verkaufen können. Sie sind des öftern zu mir gekommen, haben mich gebeten, ich möge ihnen doch helfen, daß die Schweine abgesetzt werden können. Die Schweine sind darum nicht verkauft worden, weil der **Geschmack der Verbraucher** sich sehr gewandelt hat.

(Widerspruch bei der SPD)

— Herr Kollege, ich bin gerne bereit, hernach einen Rundgang durch die Metzgerläden mit Ihnen zu machen. Sie werden sehen, daß die Verbraucher kein fettes Schweinefleisch wollen. Das sind jugoslawische Schweine, die haben eine solche Fettschicht!

(Heiterkeit — Zuruf)

— Herr Kollege Meixner, ich weiß, daß Sie, sagen wir einmal, kein guter Futterverwerter sind.

(Stürmische Heiterkeit)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich bitte nicht allzu sehr auf die biologischen Zusammenhänge einzugehen.

Dr. Schlögl, Staatsminister: Aber, Herr Kollege Meixner, diese Speckschwarten stimmen. Wir können das abmessen, sie hängen zum Teil noch in den Gefrierhäusern.

(Zuruf von der SPD: Mehr als 50 Zentimeter sind es nicht!)

Der Geschmack der Verbraucher hat sich wirklich gewandelt.

(Zuruf des Abgeordneten Wimmer — Heiterkeit)

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

— Herr Kollege Wimmer, ich muß auch mit Ihnen noch wegen des Geschmacks streiten. Die Schweine sind nicht verkäuflich gewesen, weil die Verbraucher massen diesen Speck nicht mehr wollen.

(Zuruf: Weil die Leute keinen Hunger mehr haben!)

Die genannten Firmen sind des öfteren an mich herangetreten. Ich habe Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß die anderen Großhändler eine gewisse Freude daran gehabt haben, daß diese großen Firmen einmal hängen blieben. So ist es auch dem Importeur Strong in Hamburg gegangen. Er hätte diese Schweine gern in Nürnberg verkaufen wollen, aber die Nürnberger wollen genau so wie die Münchner dieses fette Schweinefleisch nicht mehr, und daher hat er sie nach Stuttgart weiterverkauft.

(Zuruf)

— In Stuttgart sind sie bis zum heutigen Tag auch noch nicht verkauft. So ist es in Wirklichkeit.

(Zuruf: Der Nebel wird immer dichter! —
Zuruf des Abgeordneten Dr. Strosche.)

Ich bin bereit, einmal in die Restauration ein solches jugoslawisches Schwein zu liefern; ich möchte die Herren Abgeordneten sehen, wie sie sich anstrengen, so ein fettes Schweinefleisch zu essen.

(Heiterkeit — Zuruf: Mit Kraut!)

— Ja, mit Kraut geht das schon einmal, aber nicht des öftern.

Also, meine Damen und Herren, so sind die Zusammenhänge. Ich hätte wirklich nicht geglaubt, daß wir uns heute in dieser Form über die Wirtschaftspolitik unterhalten würden. Ich bitte nur, daraus eine Konsequenz zu ziehen: Wir müssen uns klar sein, daß wir auf dem Lebensmittelsektor eine wirklich freie Wirtschaft nicht haben. Diese sogenannte freie Wirtschaft muß gelenkt werden.

(Beifall — Zuruf von der SPD: Aha!)

— Herr Kollege, ich habe Ihnen lang und breit dargelegt, wie sie gelenkt werden muß: Durch eine **richtige Vorrathaltung**. Wenn ich nämlich sehe, daß der Preis in die Höhe klettert, so muß ich bestimmte Vorräte freigeben, um die Preise zu halten.

(Zuruf von der SPD: Das hat Haas gesagt!)

Daher hat der Bayerische Landtag einmal das sogenannte **Marktordnungsgesetz** angenommen. Ich habe tief bedauert, daß dieses Gesetz damals von den Amerikanern aufgehoben worden ist. Ich hätte auch gewünscht, daß die Bundesregierung mehr auf dieses Marktordnungsgesetz eingegangen wäre. Wir haben wohl marktordnerische Gesetze, aber in das **Wesen** der Marktordnung ist man nicht eingestiegen. Darunter leiden wir, deshalb sind ständig die **Konflikte zwischen Verbrauchern und Erzeugern**. Das wäre gar nicht notwendig, wenn wir die **Wirtschaftspolitik** rein nüchtern betrachten würden. Sie läuft nach eigenen Gesetzen ab. Die Bundesregierung hat an sich die Verpflichtung,

dann lenkend einzugreifen, wenn die Preise hinaufklettern. Wir können uns auf dem Lebensmittelsektor eine schwankende Preisgestaltung einfach nicht leisten, weder bei den Verbrauchern noch bei den Erzeugern. Es ist hierfür ein gemeinsames Interesse von Erzeugern und Verbrauchern gegeben.

Daher habe ich die dringende Bitte, diesen Anträgen zuzustimmen, aber auch in aller Ruhe und Sachlichkeit den Ablauf unserer Wirtschaft zu betrachten und nicht überall die Parteipolitik hereinziehen.

(Sehr gut!)

Es ist unser Unglück in Deutschland, daß Vorgänge der Wirtschaft und andere Vorgänge immer wieder mit der **Brille der Parteipolitik** betrachtet werden.

(Abg. Dr. Strosche: Sehr richtig!)

Herr Kollege Dr. Baumgartner hat auch einen kleinen Ansatz gemacht, in das Gebiet der Parteipolitik vorzustoßen. Ich habe Verständnis für Ihre Lage und für die Lage der Bayernpartei.

(Sehr gut! bei der CSU)

Aber Sie müssen eines — —

(Abg. Dr. Baumgartner: Es ist nicht üblich, daß ein Minister Belehrungen erteilt!)

— Nein, Herr Kollege, ich muß auf Ihre Erklärungen eingehen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Das ist nicht üblich!)

— Ich gebe gar keine Erklärungen ab.

(Abg. Dr. Baumgartner: Belehrungen!)

— Also Belehrungen. Ich habe Sie falsch verstanden.

(Abg. Dr. Baumgartner: Wir sind nicht in der Schule!)

— Herr Kollege Baumgartner, ich kann Sie nicht belehren und werde Sie nicht belehren,

(Sehr gut!)

aber ich darf zu dem Stellung nehmen, was Sie gesagt haben. Ich habe nur gewagt, den Satz auszusprechen,

(Abg. Dr. Baumgartner: Nur nicht dozieren!)

daß der Herr Kollege Haas und der Herr Kollege Baumgartner in das Gebiet der Parteipolitik vorgedrungen sind.

(Abg. Haas: In einen dichten Nebel unserer Wirtschaft, nicht in die Parteipolitik!)

— Herr Kollege Haas, es ist ungefähr das gleiche, was Sie getan haben

(Heiterkeit)

und was der Herr Kollege Baumgartner getan hat.

(Heiterkeit)

Wissen Sie, ich bin ein so alter Parlamentarier. Ich habe schon ein Gefühl für Parteipolitik. Das Gefühl täuscht mich nie.

(Abg. Bezold: Vor allem für Gaudi, Herr Minister!)

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

— Herr Kollege Bezold,

(Abg. Bezold: Das ist ein vorweggenommene Oktoberfest! — Unruhe — Abg. Haas: So kann man politische Probleme nicht auf die Dauer lösen, Herr Landwirtschaftsminister!)

— Herr Kollege Bezold, ich bitte, nicht nachträglich zu sein. Was habe ich denn für eine Gaudi verursacht?

(Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Piechl nach links)

Ich darf doch noch Stellung nehmen zu Ausführungen von Abgeordneten und meine persönliche Meinung dazu sagen:

(Laute Zustimmung bei der CSU)

Mehr habe ich nicht getan. Im übrigen noch einmal: Herr Kollege Bezold, wenn man schon Wirtschaftspolitik treibt, treibt man sie mit vollem Ernst — und das habe ich unternommen; und wenn ich mich wehre, dann darf ich das auch als Minister noch tun.

(Sehr richtig!)

So weit müssen Sie mich doch auch noch verstehen.

Ich möchte schließen mit der Bitte, die großen wirtschaftspolitischen Zusammenhänge im Interesse von Verbrauchern und Erzeugern nüchtern und sachlich zu betrachten.

(Lebhafter Beifall bei CSU und BHE)

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Lippert.

Dr. Lippert (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag wäre genau so lautlos über die Bühne gegangen wie vorhin der bezüglich der tschechischen Kohle — wenn sich aber nur ein Redner meldet, glaubt eine ganze Flut weiterer Redner zur Sache sprechen zu müssen.

(Sehr richtig!)

Um diese Flut einzudämmen, stelle ich den Antrag auf Schluß der Rednerliste.

(Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Es erhebt sich keine Erinnerung dagegen. Die Rednerliste ist geschlossen. Es sind noch sieben Redner gemeldet.

Das Wort erhält zunächst der Herr Abgeordnete Mack.

Mack (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man tut sich heute eigentlich leicht, nach dem Herrn Minister einiges zu sagen; denn das Haus ist in sehr guter Stimmung, auch wenn der einzelne keine Freude daran hat. Aber wir sind doch noch Menschen, die Humor haben. Wir nehmen auch das hin.

Ich möchte aber doch zur Sache sprechen und eine Quintessenz aus der Debatte ziehen. Gar so wertlos ist diese Debatte nicht gewesen. Ich habe den Eindruck, der Herr Landwirtschaftsminister hat auch davon Kenntnis genommen, daß der Bayerische Landtag an einer **klaren Agrarpolitik** interessiert ist. Die Anträge, die hier eingereicht wurden, haben dies zum Zweck. Ich bin sonst kein Redner in diesem Haus, ich möchte den anderen den Vorrang lassen. Da aber der Herr Kollege Haas als Franke gesprochen hat und ich Antragsteller bin, so muß ich doch einiges sagen.

Es steht fest, daß neben der freien Wirtschaft, die in den letzten Jahren eine große Rolle gespielt hat, eine **gebundene oder gelenkte freie Wirtschaft** nach und nach Platz gegriffen hat. Wenn die **Einfuhr- und Vorratsstelle** nicht da wäre, müßte man sie erst schaffen; denn gerade die Einfuhr- und Vorratsstelle wirkt preisregulierend. Sie ist in der Lage, die Belastung des Zwirnfadens auszubalancieren, an dem die deutsche und die bayerische Ernährung mit 40 Prozent vom Ausland her hängt. Ich möchte die bayerische Agrarpolitik des Ministeriums unterstützt wissen, den klaren Weg zu gehen, durch die Einfuhr- und Vorratsstelle den Ausgleich zu schaffen. Dieses Problem steht auch bei der Vieh- und der Butterwirtschaft zur Debatte. Man hat diese Anträge stellen können; man hätte es auch unterlassen können; das gebe ich ohne weiteres zu. Aber die Bundesregierung muß immer wieder daran erinnert werden.

Nun ein Wort zu Ausführungen meiner Herren Vorredner, die ich nicht ganz unwidersprochen lassen kann. Wenn die Rede von einem **Chaos der Lebensmittelpreise** ist, so möchte ich doch erwidern, daß dieses Durcheinander nicht so groß ist, wie man im Herbst erwartet hat. Ich erinnere nur an die **Kartoffelpreise**. Sie haben sich erträglich gestaltet. Ich erinnere an die **Fettwirtschaft**. Rindertalg wird heute für 60 Pfennig das Pfund angeboten, ist nicht mehr begehrt. Wir wissen und geben zu — wir klopfen auch als Abgeordnete an die eigene Brust —: Wir haben einen Lebensstandard, der manchmal höher ist, als er uns vielleicht zusteht. Es ist also nicht so, daß wir unbedingt ein Chaos anerkennen müßten. Ich bin weiter der Meinung, daß die Anträge des Herrn Dr. Baumgartner allerdings sehr inkonsequent sind. Im Ausschuß haben sich die Kollegen von der Bayernpartei gestritten, weil sie die Anträge nicht unterschrieben haben. Darin liegt die Inkonsequenz. Anscheinend hat man geglaubt, sie hätten besonderen Wert. Man hat sich darüber geeinigt und hat abgestimmt. Daß es Feld-, Wald- und Wiesenanträge sind, glaube ich nicht. Es sind sehr ernste Anträge, weil sie sich mit der Ernährung unseres Volkes beschäftigen. Nehmen wir also die Dinge doch etwas ernster!

(Abg. Dr. Baumgartner: Bundesangelegenheiten!)

— Einverstanden, ich nehme den Zwischenruf an: Bundesangelegenheiten. Aber wir haben doch die Erfahrung gemacht, daß es gut ist, wenn die Länder — und damit glaube ich besonders bei der Bayernpartei Anklang zu finden — die Bundes-

(Mack [CSU])

behörden erinnern. Ich glaube, sie haben es nötig, daß wir sie erinnern.

(Abg. Dr. Baumgartner: Die Anträge sind aber überholt, das werden Sie zugeben!)

— Das gebe ich zu. Ich werde nicht auf die Anträge eingehen. Es wäre manches dazu zu sagen. Aber eines steht fest: daß diese Debatte nicht so wertlos war, wie wir vielleicht denken. Sie hat vielleicht zur Klarstellung und zur Erheiterung beigetragen. Es ist letztlich gut, daß wir Abgeordnete sind, die noch etwas Humor haben und auch Humor vertragen können.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete von Haniel.

von Haniel-Niethammer (CSU): Hohes Haus! Ich habe den Eindruck, daß wir das Thema erschöpfend behandelt haben. Es entspricht unverkennbar der Neigung des Hauses, jetzt über die Anträge abzustimmen. Ich glaube, es weiß sowieso jeder, wie er abstimmen will. Ich stelle daher den Antrag auf Schluß der Debatte.

(Abg. Bezold: Das ist etwas vollständig Neues!)

Präsident Dr. Hundhammer: Erhebt sich gegen den Antrag auf Schluß der Debatte eine Gegenstimme? — Das ist nicht der Fall; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag auf Beilage 3372 liegt Ihnen vor. Wer ihm die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. —

(Allgemeine Heiterkeit, da sich fast alle Mitglieder des Hauses erheben)

Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist bei einigen Stimmenthaltungen gegen 7 Stimmen angenommen.

Inzwischen ist der Herr Abgeordnete Stegerer erschienen, der vorhin als Berichterstatter gefehlt hat. Ich rufe daher auf die Ziffer 12 d der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Meixner, Haisch, Mack und Fraktion betreffend Milokorn-Aktion (Beilage 3256).

Der Herr Abgeordnete Stegerer hat das Wort zu seinem Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 3371).

Stegerer (CSU), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund darauf hinzuwirken, daß die Umtauschaktion Roggen gegen Milokorn auch auf Weizen ausgedehnt wird.

Der Antrag wurde in der 39. Sitzung des Landwirtschaftsausschusses behandelt. Nachdem der Be-

richterstatter darauf hingewiesen hatte, daß der Antrag im Ausschuß schon einmal einstimmig angenommen wurde, schlug der Herr Abgeordnete Haisch folgende veränderte Fassung vor:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund darauf hinzuwirken, daß die Umtauschaktion Roggen gegen Milokorn auch auf Mais ausgedehnt wird. Weizen in die Umtauschaktion aufzunehmen, wird empfohlen.

Dieser Antrag wurde im Ausschuß einstimmig angenommen, und ich empfehle dem Hohen Hause, das gleiche zu tun.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung erfolgt nicht. — Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Nun steht noch die Abstimmung zu dem gestern behandelten Punkt 7 b der Tagesordnung offen:

Antrag der Abgeordneten Mergler und Genossen betreffend Gewährung von Nachlässen der Einkommen- und Umsatzsteuer an durch Dürre geschädigte Landwirte (Beilagen 3381, 3190).

Der Herr Staatsminister der Finanzen hat in Aussicht gestellt, daß er heute die Richtlinien bekanntgeben werde, die seitens des Finanzministeriums hinausgegangen sind. Nun ist weder der Herr Staatsminister der Finanzen noch sein Herr Staatssekretär erschienen. Beide sind heute vormittag verhindert. — Zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner!

Dr. Baumgartner (BP): Meine Damen und Herren! Ich bitte das Hohe Haus, damit einverstanden zu sein, daß wir jetzt über den Antrag unter Ziffer 7 b abstimmen, da der Herr Finanzminister die Erklärung, die er heute abgeben sollte, nicht abgeben kann und sie auch nicht abgeben könnte, weil für das fragliche Gebiet keine Richtlinien erlassen worden sind. Ich bitte also, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Präsident Dr. Hundhammer: — Es ist aber der zuständige Sachbearbeiter im Finanzministerium, Ministerialdirigent Dr. Traßl, anwesend. Ich empfehle dem Hohen Hause, dessen Mitteilungen entgegenzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden. Herr Ministerialdirigent, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Traßl, Ministerialdirigent: Herr Präsident, Hohes Haus! Wegen dienstlicher Verhinderung des Herrn Finanzministers und des Herrn Staatssekretärs ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, hier eine Erklärung zu dem Antrag betreffend Herausgabe von Richtlinien über Stundung und Erlaß von Einkommen- und Umsatzsteuer für dürrebeschädigte Landwirte abzugeben.

(Abg. Dr. Lippert: Nicht Umsatzsteuer!)

— Es sind mehrere Anträge, soviel ich weiß. —

(Abg. Dr. Lippert: Ein Antrag ohne Umsatzsteuer!)

(Dr. Traßl, Ministerialdirigent)

Es ist so: Das Staatsministerium der Finanzen hat in einer EntschlieÙung vom 24. Oktober **Richtlinien an die Oberfinanzdirektionen** hinausgegeben. In diesen Richtlinien ist unter anderem verfügt:

Besondere einkommensteuerliche Maßnahmen werden in der Regel nur bei den Landwirten in Betracht kommen, deren Gewinn nach der Verordnung über die Besteuerung der nichtbuchführenden Landwirt ermittelt wird. Die Trockenheitsschäden führen zu einer Minderung der Gewinne des Wirtschaftsjahres 1952/53 und wirken sich deshalb auf die Einkommensteuer der Kalenderjahre 1952 und 1953 oder in den Fällen des § 10 der Verordnung auf die Einkommensteuer des Kalenderjahres 1953 aus. Die erforderlichen Maßnahmen sind nach § 11 der Verordnung zu treffen. Bei den buchführenden Land- und Forstwirten kommen die Dürreschäden bereits bei der Ermittlung des Gewinns zum Ausdruck. Bei den Landwirten, deren Gewinn geschätzt wird, muß das Ausmaß dieser Schäden bei der Schätzung berücksichtigt werden. Gegebenenfalls kann jedoch auch bei den buchführenden Landwirten und bei den Landwirten mit geschätzten Gewinnen eine Herabsetzung oder Stundung der Vorauszahlungen geboten sein.

Es ist klar, daß diese Richtlinien noch nicht den ganzen Komplex in allen Einzelheiten umfassen. Sache der Oberfinanzdirektionen ist es, die Finanzämter mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Die Oberfinanzdirektionen sind in der EntschlieÙung vom 24. Oktober angehalten worden, diese ergänzenden Weisungen für die Finanzämter mit größter Beschleunigung aufzustellen. Es ist auch damit zu rechnen, daß sie in allernächster Zeit an die Finanzämter hinausgehen.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung ist gemeldet der Herr Abgeordnete Junker.

Junker (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß hier leider feststellen, daß es — zumindest seit ich in diesem Hohen Hause bin — wohl das erste Mal in der Praxis des Hauses vorkommt, daß sich ein Minister oder Staatssekretär durch einen Beamten im Plenum vertreten läßt.

(Widerspruch von allen Seiten)

Ich glaube, das ist in diesem Fall um so schwerwiegender, als uns der Herr Minister gestern persönlich seine Anwesenheit für heute zugesagt und erklärt hat, daß er heute die Richtlinien bekanntgeben würde, die erlassen, aber noch nicht bekanntgegeben seien.

(Abg. Dr. Baumgartner: Die nicht erlassen sind!)

— Die nicht erlassen sind! — Ich glaube, daß wir deshalb diese Materie in Abwesenheit des Herrn Staatsministers der Finanzen nicht zu Ende behandeln können.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich möchte zunächst dem Herrn Abgeordneten Junker antworten: Es gehört zur ständigen Übung des Landtags, daß Beamte

der Staatsregierung, der Ministerien, hier sprechen können und sprechen. Da befinden Sie sich im Irrtum.

Das Wort erteile ich nunmehr dem stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Dr. Hoegner, stv. Ministerpräsident: Ich möchte aus persönlicher Kenntnis mitteilen, daß der Herr Finanzminister gestern abend nach Bonn gefahren ist und aus diesem Grund schon an der Koalitions-sitzung nicht teilnehmen konnte. Er kann also nicht versprochen haben, daß heute persönlich die Richtlinien — —

(Zuruf: Doch, das hat er versprochen!)

— Tut mir leid; dann ist wahrscheinlich ein Telefonanruf oder sonst etwas dazwischengekommen.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort erhält zunächst der Herr Abgeordnete Mergler.

Mergler (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag ist am 10. September eingereicht worden. Wir können heute nicht klar feststellen, ob die entsprechenden **Anweisungen an die Finanzämter** wirklich hinausgegangen sind. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß wir heute über den vorliegenden Antrag abstimmen; denn er kann mit dem Wortlaut, über den wir uns gestern geeinigt haben, in keiner Weise etwas verderben, sondern der von uns vertretenen Sache nur förderlich sein. Ich darf den **Abänderungsantrag**, den ich schon gestern schriftlich eingereicht habe, noch einmal vorlesen. Er lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, zur einfacheren steuerlichen Behandlung von Trockenheitsschäden und Wildschäden nichtbuchführender Landwirte einheitliche Richtlinien für Steuerstundung beziehungsweise Steuernachlaß herauszugeben.

(Abg. Bezold und andere: „oder“!)

— Jawohl: „für Steuerstundung oder Steuernachlaß“. — Ich bitte das Haus, dem Antrag in dieser geänderten Fassung beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Lippert erbeten.

Dr. Lippert (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestern hat es sich doch nur um die Zweifelsfrage gehandelt, ob Richtlinien erlassen worden sind oder nicht. Der Herr Vertreter des Finanzministeriums hat uns ausdrücklich bestätigt, daß solche Richtlinien nicht bestehen und daß sich das Ministerium lediglich darauf beschränkt habe, den Oberfinanzdirektionen nahezu legen, möglichst bald solche Richtlinien hinauszugeben. Die Zweifelsfrage ist also entschieden. Ich glaube, wir können über den Antrag abstimmen, zumal der Herr Finanzminister mir gestern persönlich versichert hat, daß er an der Abstimmung über diesen Antrag gar nicht interessiert sei.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort erhält weiter der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner.

Dr. Baumgartner (BP): Meine Damen und Herren! Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß der Herr

(Dr. Baumgartner [BP])

Staatsminister der Finanzen gestern hier erklärt hat, es seien Richtlinien erlassen worden, er habe sie momentan nicht da und er werde sie morgen vorlesen. Heute wird ein Beamter des Ministeriums zu uns geschickt, durch dessen Ausführungen sich herausstellt, daß keine Richtlinien erlassen worden sind. Das kann einmal passieren, auch dem Herrn Staatsminister. Bei der Loyalität, die der Herr Staatsminister dem Hause gegenüber zeigt, möchte ich keine Weiterungen ziehen, muß aber ausdrücklich feststellen, daß der Herr Staatsminister von seinen Beamten wahrscheinlich nicht richtig informiert wurde.

Ich bitte daher, heute über den Antrag zu entscheiden.

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner folgt der Herr Abgeordnete Dr. Zdralek.

Dr. Zdralek (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann die Auffassung der beiden Vorredner nicht teilen, daß zwischen der Erklärung des Herrn Staatsministers der Finanzen und der des Herrn Ministerialdirigenten Dr. Traßl ein Unterschied klafft. Wir haben doch gehört, daß mit Entschließung vom 24. Oktober die Oberfinanzdirektionen erst einmal über die Auffassung des Ministeriums unterrichtet worden sind, die sogar, wenn ich den Herrn Ministerialdirigenten Dr. Traßl richtig verstanden habe, so weit geht, daß bei buchführenden Landwirten auch bezüglich der Vorauszahlungen unter Umständen eine Stundung eintreten muß. Das ist eine **spezialisierte Anweisung** an die Oberfinanzdirektionen, die, wie Herr Ministerialdirigent Dr. Traßl erklärt hat, noch dadurch ergänzt worden ist, daß die Oberfinanzdirektionen angewiesen sind, nun ihrerseits in kürzester Zeit den Finanzämtern Weisungen zu erteilen. Ich glaube, das ist ein außerordentlich starkes Entgegenkommen. Es muß auch einmal gesagt werden, daß die **Veranlagung der nichtbuchführenden Landwirte** auf einer schon ziemlich alten Verordnung beruht, und daß einer auf Grund dieser Verordnung erfolgten Veranlagung ein zehnjähriger Jahresdurchschnitt zugrunde gelegt ist.

Auch bezüglich der **Dürreschäden** ist die Lage sehr, sehr verschieden. Bei Sonderkulturen, zum Beispiel Spargel, kann die Ernte ausgezeichnet gewesen sein, während die Gurken vielleicht klein geblieben und bitter geworden sind. So geht es also auch nicht. In meiner ganzen Praxis habe ich noch nie gehört, daß ein nichtbuchführender Landwirt zum Finanzamt gekommen wäre und eine höhere Steuer angeboten hätte, weil die Ernte ausnahmsweise einmal nicht katastrophal, sondern gut gewesen ist.

Diese Dinge einmal aufzuzeigen, habe ich mich im Gewissen verpflichtet gefühlt.

(Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zum Ausschlußbericht, der auf Beilage 3381 wiedergegeben ist, liegen zwei Abänderungsanträge vor. Der eine Antrag ist von den Abgeordneten Be-

zold, Dr. Bungartz und Fraktion; er ist vervielfältigt. Ein zweiter Abänderungsantrag ist der des Abgeordneten Mergler. Der weitergehende Antrag ist der der Fraktion der FDP.

Bezold (FDP): Herr Präsident, der Antrag wird zurückgezogen.

Präsident Dr. Hundhammer: — Dann haben wir noch über den Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Mergler abzustimmen, der von dem Antragsteller selbst vorlesen worden ist. Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben, wer dagegen ist, wolle Platz behalten. — Stimmenthaltungen? — Gegen vier Stimmen bei vier Stimmenthaltungen ist der Antrag Mergler angenommen.

Aus der Tagesordnung ist Ziffer 6 als einziger Punkt noch nicht erledigt. Dieser Punkt der Tagesordnung kann aber noch nicht erledigt werden, weil die Fraktionen ihrerseits ihre Stellungnahme noch nicht festgelegt haben. Deshalb wurde der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Zur Abgabe einer **Erklärung** nach § 68 der Geschäftsordnung erteile ich nunmehr dem Herrn Abgeordneten Klotz das Wort.

Klotz (BP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich kann diese Erklärung erst heute abgeben, weil das Präsidium der Auffassung war, daß in meiner ursprünglichen Erklärung eine unberechtigte Kritik an Herrn Staatssekretär Dr. Oberländer enthalten war.

Auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten **Puls** in der Fragestunde des Bayerischen Landtags, die sich geschmackvollerweise und in vorbildlicher Kollegialität mit meiner Person beschäftigte, möchte ich folgende persönliche Erklärung abgeben.

Die vom Herrn Abgeordneten Puls gestellte Anfrage und die Antwort des Herrn Staatssekretärs Dr. Oberländer stellen beide eine eindeutige und einseitige Stellungnahme gegen mich dar, die objektiv falsch ist. Meine Einschaltung in die erwähnte Amtshandlung lag in erster Linie in der allgemein verurteilten Praktik sowie der politischen und moralischen Vergangenheit des Kreiswohnungsamtsleiters begründet. Die Anschuldigung „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ ist ein Widerspruch in der Darstellung des Herrn Staatssekretärs, aus der selbst nicht ersichtlich war, daß ich eine Amtshandlung verhindert habe oder verhindern wollte. Der Kreiswohnungsamtsleiter hatte lediglich — was ich erst hier erfuhr — nicht mehr den Mut, nach meinen energischen Vorstellungen die Amtshandlung zu Ende zu führen, was nur der Ausdruck seines schlechten Gewissens sein konnte.

Ich betrachte es nicht nur als das Recht eines Abgeordneten, sondern jedes Staatsbürgers, auch Vertreter von Behörden wegen ihres Verhaltens zur Rede zu stellen. Ich selbst habe aber den Raum und den Ort sofort hernach verlassen und die Amtshandlung nicht gestört.

Ich bin persönlich der Auffassung, daß bei der Anfrage des Herrn Abgeordneten Puls ein offen-

(Klotz [BP])

sichtlicher Zusammenhang mit einer von mir beabsichtigten sachlichen Anfrage über eine den Herrn Staatssekretär Oberländer betreffende Zeitungsnotiz zu bestehen scheint. Unter diesen Umständen können bei einer Häufung solcher Vorfälle die Angehörigen dieses Hauses davon Abstand nehmen müssen, in Zukunft Anfragen dem Staatsministerium vorher zur Kenntnis zu bringen.

Das Präsidium ersuche ich, durch den Ältestenrat untersuchen zu lassen, inwieweit der Herr Staatssekretär Oberländer für die Anfrage des Herrn Abgeordneten Puls nur ihm bekanntes amtliches Material zur Verfügung gestellt und warum er diese Anfrage auch noch beantwortet hat, ohne daß vorher, wie es üblich ist, der Ältestenrat mit der Angelegenheit befaßt war.

Ich bitte auch den Herrn Innenminister, zu ermitteln, wie es möglich sein konnte, daß solches Material dem Herrn Abgeordneten Puls zur Verfügung gestellt wurde, und das Verhalten des Herrn Staatssekretärs zu überprüfen.

Präsident Dr. Hundhammer: Zu den einleitenden Ausführungen des Herrn Abgeordneten Klotz habe ich zu bemerken: Es ist nicht richtig, daß seine Erklärung gestern nicht zugelassen wurde, weil sie Angriffe auf das betreffende Mitglied der Staatsregierung enthalten hätte. Sie wurde deshalb nicht zugelassen, weil ihr Inhalt mit dem § 68 der Geschäftsordnung überhaupt nicht im Einklang steht, der besagt, daß persönliche Bemerkungen nur Angriffe zurückweisen oder eigene Erklärungen berichtigen dürfen. Der Text, der mir gestern vorgelegt war, hat dem § 68 der Geschäftsordnung nicht entsprochen. Das war der Grund.

Da das Thema schon angeschnitten ist, habe ich noch ein zweites zu bemerken: Der Herr Abgeordnete Haußleiter hat mir eine persönliche Erklärung zur Kenntnis vorgelegt, die er abzugeben wünscht, die aber mit den im Haus gepflogenen Verhandlungen überhaupt nicht in unmittelbarem Zusammenhang steht, sondern mit Zeitungsnotizen. Nach meiner Auffassung der Geschäftsordnung wäre diese Erklärung auch nicht zulässig. Er beruft sich aber darauf, daß früher unter den Präsidenten Dr. Horlacher und Dr. Stang die Übung bestanden habe, solche Erklärungen trotzdem zuzulassen. Ich möchte deswegen dem Hohen Hause empfehlen, das Problem bei der künftigen Überarbeitung der Geschäftsordnung zu klären, heute aber die Abgabe der Erklärung, so wie es früher üblich gewesen ist, zuzulassen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußleiter.

Haußleiter (fraktionslos): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In einer Reihe von Zeitungen wird heute gemeldet, die **Deutsche Gemeinschaft** beteilige sich an Besprechungen oder an irgendwelchen **Sammlungsbewegungen**, deren Ziel es sei, eine **Nachfolgeorganisation für die SRP** zu schaffen.

Als Vorsitzender der Deutschen Gemeinschaft darf ich hiermit verbindlich feststellen: Die Deutsche

Gemeinschaft nimmt an keiner sogenannten Sammlungsbewegung teil. Die Deutsche Gemeinschaft ist bisher bewußt ihren eigenen Weg gegangen. Die Deutsche Gemeinschaft wird diesen ihren eigenen Weg und ihre demokratische Grundhaltung nicht aufgeben. Es gibt heute eine ganze Reihe von sogenannten nationalen Sammlungsbewegungen. Es gibt den Versuch kommunistischer Tarnorganisationen, eine nationale Sammlung durchzuführen. Es gibt die gleiche Tendenz im rechten Flügel des Adenauer-Lagers und es gibt dazwischen vielfältige Versuche selbständiger Gruppen. Bei der Undurchsichtigkeit all dieser Bestrebungen hält es die Deutsche Gemeinschaft für richtig, an keiner derartigen Neuorganisation teilzunehmen.

Wir beteiligen uns allerdings auf der anderen Seite auch nicht an der **politischen Hysterie**, die heute vielfach in Deutschland sichtbar wird. Wir sehen heute im politischen Leben Methoden sich entwickeln, mit denen verglichen die Hexenverfolgungen des Mittelalters eine sehr tolerante Maßnahme gewesen sind.

(Zurufe: Das ist keine persönliche Erklärung!
— Unruhe)

Wir sehen mit Sorge, wie die Demokratie in Gefahr ist, aus Angst vor der Freiheit Selbstmord zu begehen.

(Widersprechende Zurufe)

Mag man uns heute für Außenseiter halten: Wir treten für eine echte soziale und politische Reform in Deutschland ein.

(Zurufe: Das geht doch nicht! — Das geht zu weit! — Ständig wachsende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich darf hier folgendes sagen: Ich habe den Wortlaut dieser Erklärung des Herrn Präsidenten vorher zur Kenntnisnahme vorgelegt. Ich halte es — erlauben Sie mir das zur Geschäftsordnung zu sagen — für zweckmäßig, ein so allgemein politisches Problem auch von uns aus zu besprechen, wenn in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird. Das ist bisher auch geschehen.

Präsident Dr. Hundhammer: Sie haben jetzt nicht das Wort, um Ausführungen zur Geschäftsordnung zu machen, sondern nur, um Ihre Erklärung zu verlesen.

Haußleiter (fraktionslos): Ich darf dann abschließend feststellen, daß nach den Leiden der Vergangenheit gerade unsere Mitglieder überzeugte Anhänger einer echten staatsbürgerlichen Freiheit und echte Vorkämpfer der wirklichen Menschenwürde sind.

Präsident Dr. Hundhammer: Mir liegt noch vor ein **Dringlichkeitsantrag**, der gemeinsam von der SPD und der FDP eingebracht wurde und sich mit den 15prozentigen Haushaltskürzungen bei den Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen befaßt. Ich schlage vor, den Antrag dem Haushaltsausschuß zuzuleiten. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zur Festsetzung der nächsten Vollversammlung. Nach der bisherigen Übung wäre als dritte

(Präsident Dr. Hundhammer)

Woche fällig die Woche zwischen dem 17. und 21. November. Auf den Mittwoch fällt aber der Buß- und Betttag. Ich glaube deshalb, es dürfte zweckmäßig sein, in dieser Woche keine Vollsitzungen anzusetzen,

(Sehr richtig!)

die freien Tage noch für Ausschußsitzungen zu benützen und die nächsten Vollsitzungen anzubereitern auf Dienstag, den 25. November, 15 Uhr, und auf die anschließenden Tage. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 11 Uhr 54 Minuten)